

Bayern

SPD

68.

Ordentlicher
Parteitag

Zeit für
GERECHTIGKEIT.

BESCHLUSSBUCH

Inhaltsverzeichnis

Angenommene und überwiesene Anträge	1
Leitantrag Zeit für mehr Gerechtigkeit!	1
	Landesvorstand
Zeit für mehr Gerechtigkeit!	
<i>Annahme</i>	1
A Arbeit	7
A2	UB Erlangen
Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive	
<i>Annahme</i>	7
A4	Bezirk Mittelfranken
Dokumentierte Aufklärungspflicht von Arbeitgeber*innen beim Einstellungsverfahren über die Folgen von Minijobs	
<i>Annahme</i>	8
A5	AG 60plus Bayern
Seniorinnen- und Seniorenarbeit als Pflichtaufgabe der Kommunen in der Bayerischen Gemeindeordnung festschreiben	
<i>Annahme</i>	8
A7	AfA Bayern
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Referentinnen und Referenten in Bildungsmaßnahmen	
<i>Annahme</i>	9
A8	AfA Bayern
Arbeitsmarktpolitik	
<i>Annahme</i>	10
C Wohnen	10
C2	Bezirk Mittelfranken
Förderung und Unterstützung von Genossenschaften	
<i>Annahme</i>	10
F Familie	11
F1	Bezirk Mittelfranken
Gerechte Familienpolitik 2017 – Kindergrundsicherung zur Gleichwertigkeit aller Kinder	
<i>Annahme</i>	11
F2	UB Nürnberg, Mittelfranken
Umsetzung der Europaratsentschließung 2019 für Eltern nach Trennung	
<i>Annahme</i>	11
G Gleichstellung	12

G1	Jusos Bayern	
	Keine Diskriminierung an der Kasse! Menstruation ist kein Luxus!	
	<i>Annahme</i>	12
G2	Jusos Bayern	
	Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen	
	<i>Annahme</i>	14
P Partei		14
P1	Bezirk Oberbayern	
	Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen	
	<i>Annahme</i>	14
P2	Bezirk Oberbayern	
	§15 Parteitag, Zusammensetzung	
	<i>Annahme</i>	15
P3	Bezirk Oberbayern	
	§18 Einberufung des ordentlichen Parteitages	
	<i>Annahme</i>	16
P4	Bezirk Oberbayern	
	§28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents	
	<i>Annahme</i>	17
P5	Bezirk Mittelfranken	
	Gestaltung von Parteitag	
	<i>Annahme</i>	17
P6	Bezirk Mittelfranken	
	Frauenförderung in der Partei konsequent umsetzen!	
	<i>Überweisung an Landesvorstand und Mitgliederbeauftragte als Material</i>	18
P7	Bezirk Mittelfranken	
	Besetzung der Antragskommissionen durch Mitglieder aller Gliederungsebenen der SPD	
	<i>Annahme</i>	19
P8	UB Nürnberg	
	Erhöhung des Stundenkontingents für Endstation Rechts Bayern	
	<i>Annahme, jedoch erledigt durch Praxis</i>	19
P9	UB Nürnberg	
	Mehr Mitgliederentscheide durchführen	
	<i>Annahme</i>	20
P12	UB Nürnberg	
	Einführung einer Gleichstellungsbeauftragten / Diversity-Beauftragten innerhalb der Partei zuständig für alle Mitglieder	
	<i>Überweisung an Landesvorstand</i>	20

S Soziales und Gesundheit	21
S1 AfA Bayern	
Für mehr Personal in unseren Krankenhäusern	
<i>Annahme</i>	21
S2 UB München-Stadt	
Kommunale Krankenhäuser besser finanzieren: Für eine humane Medizin in einem am Wohl der Menschen ausgerichteten Krankenhauswesen	
<i>Annahme</i>	21
S3 AfA Bayern	
Zahnersatz und Brillen – Regelversorgung für alle kostenlos	
<i>Annahme</i>	22
S4 Bezirk Mittelfranken	
Altersarmut bekämpfen – Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
<i>Annahme</i>	22
S5 Bezirk Mittelfranken	
Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen	
<i>Annahme</i>	23
S6 Bezirk Mittelfranken	
Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung	
<i>Überweisung an Landesvorstand</i>	23
S9 UB Nürnberg	
Besserer Schutz von Betreuten	
<i>Annahme</i>	24
S10 UB Nürnberg	
SGB V-Reform, damit Selbständige und Freiberufler sich freiwillig und ohne Mindestbeitrag im Verhältnis zu ihren Einkünften in der GKV krankenversi- chern können	
<i>Annahme</i>	24
S14 Bezirk Mittelfranken	
Sofortige Aufhebung der Aussetzung der Förderung (SGB III) für die Ausbil- dung zum/zur Pflegefachhelfer/in (Altenpflege)	
<i>Annahme</i>	25
S15 Bezirk Mittelfranken	
Pilotprojekt – Drogenkonsumräume für Bayern	
<i>Annahme</i>	25
M Migration & Integration	26
M1 Jusos Bayern	
Migration is A Human Right – Für ein progressives Einwanderungsgesetz	
<i>Überweisung an Landesvorstand</i>	26

	M2	UB Nürnberg	
		Keine kalte Kommunalisierung der Integrationskosten – Bundesmittel an bayerische Kommunen weiterleiten!	
		<i>Annahme</i>	32
E Europa und Internationales			33
	E1	UB Miesbach	
		Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi-Arabien	
		<i>Annahme</i>	33
	E2	AfA Bayern	
		Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren	
		<i>Annahme</i>	33
	E3	ASF Bayern	
		Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen	
		<i>Annahme</i>	38
	E4	UB Nürnberg	
		Grundsätze einer SPD-Friedenspolitik	
		<i>Annahme</i>	39
	E5	Jusos Bayern	
		Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!	
		<i>Annahme</i>	40
N Netzpolitik und Digitales			44
	N2	Bezirk Mittelfranken	
		Keine Verherrlichung der Bundeswehr als Arbeitgeber für Jugendliche	
		<i>Annahme</i>	44
B Bildung			45
	B1	Jusos Bayern	
		Zukunftsfähige Schulpolitik	
		<i>Annahme</i>	45
	B2	Jusos Bayern	
		Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!	
		<i>Annahme</i>	47
	B3	Jusos Bayern	
		„Europabildung an der Schule“ endlich umsetzen	
		<i>Annahme</i>	50

B4	Bezirk Mittelfranken	
	Weitere Verbesserung der Situation von Schulabgängern ohne Abschluss	
	<i>Annahme</i>	51
B5	Bezirk Oberfranken	
	Erlass eines Bayerischen Bildungszeitgesetzes analog dem Bildungszeitgesetz (BzG BW) von Baden-Württemberg vom 11.03.2015	
	<i>Annahme</i>	51
B7	Bezirk Schwaben	
	Mehr individuelle Förderung in der Schule – weniger Nachhilfe daheim	
	<i>Annahme</i>	52
B8	Bezirk Schwaben	
	Verbesserung der Einstellungssituation in allen bayerischen Schulen	
	<i>Annahme</i>	53
V	Verkehr und Infrastruktur	53
V2	UB Weiden-Neustadt-Tirschenreuth	
	Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern	
	<i>Annahme</i>	53
V4	UB Nürnberg	
	Kostenfreier ÖPNV für SchülerInnen und Azubis	
	<i>Überweisung an Landesvorstand und Landtagsfraktion als Material</i>	57
V5	UB Nürnberg	
	Stärkung der Schiene	
	<i>Annahme</i>	57
W	Wirtschaft und Finanzen	58
W1	OV Olympiadorf	
	Abgabepflicht – als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung – für Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor	
	<i>Annahme</i>	58
W3	OV Olympiadorf	
	Erhöhung des Sparerfreibetrags	
	<i>Annahme</i>	58
W5	UB Erlangen	
	Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes	
	<i>Annahme</i>	59
W6	UB Erlangen, AGS Bayern	
	Gute Arbeit auch in der Selbständigkeit!	
	<i>Annahme</i>	59

W13	Bezirk Schwaben	
	Für ein gerechtes Steuersystem und einen umfassenden Steuervollzug	
	<i>Annahme</i>	60
Y	Initiativanträge	63
Y1	OV Schwarzenbruck	
	Neue Hochspannungsleitungen. Mindestabstand von 400m zu Wohngebieten ist in das Landesentwicklungsprogramm aufzunehmen	
	<i>Annahme</i>	63
Y2	Jusos Bayern	
	Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission – Bezahlbarer Wohnraum	
	<i>Annahme</i>	63
Y3	Jusos Bayern	
	Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission – Es ist Zeit für Sicherheit im Alltag	
	<i>Annahme</i>	64
Y4	Jusos Bayern	
	Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission – Migration	
	<i>Annahme</i>	66
Y5	Jusos Bayern	
	Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission – Ausbildung	
	<i>Annahme</i>	67
Y6	Landesvorstand	
	Keine Privatisierung der deutschen Autobahnen	
	<i>Annahme</i>	67
Y7		
	Finanztransaktionssteuer endlich realisieren!	
	<i>Annahme</i>	68
Y8	ASF Bayern	
	Änderungen zum Regierungsprogramm	
	<i>Annahme</i>	68
Weitere Anträge		76

Angenommene und überwiesene Anträge

Leitantrag Zeit für mehr Gerechtigkeit!

Antragsbereich Leitantrag / Antrag

Landesvorstand

: Zeit für mehr Gerechtigkeit! (Annahme)

Die Menschen wünschen sich mehr Gerechtigkeit. Das gilt für Deutschland, das gilt für Bayern.

- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten an, diesen Wunsch nach mehr Gerechtigkeit zu erfüllen. Wir stellen in diesem Antrag beispielhaft an drei wichtigen Themenfeldern, gute Arbeit im digitalen Zeitalter, Wohnen und Familien dar, wie wir mehr Gerechtigkeit erreichen wollen. Natürlich ist klar: In vielen weiteren Themenfeldern, seien es Bildung, Rente und Alter, Gesundheit, gesellschaftliche Integration oder auch demokratische Teilhabe und Partizipation, ist eine Politik für mehr Gerechtigkeit notwendig.
- 5
- 10 Deutschland wie auch Bayern geht es gut. Die ökonomischen Kennzahlen weisen ein relativ starkes Wirtschaftswachstum, eine hohe Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung, wieder steigende Reallöhne, und eine sinkende Arbeitslosigkeit auf. Auch andere Wohlstandsindikatoren sind grundsätzlich positiv, zum Beispiel Gesundheit, Bildungsniveau, auch Freiheit, ein funktionierender Rechtsstaat und Demokratie.
- 15
- Gleichzeitig ist dieser Wohlstand aber ungleich verteilt. Das hohe Einkommen in unserem Land fließt in großen Teilen nur einigen wenigen zu: zehn Prozent der Haushalte besitzen rund 60 Prozent des Netto-Vermögens, während sich die untere Hälfte mit 2,5 Prozent zufriedengeben muss. In armutsgefährdeten Haushalten lebt rund jeder Sechste in Deutschland. Es gibt viele arme Kinder und viel verschämte Armut bei älteren Menschen, besonders bei Frauen. Ein Fünftel
- 20
- der Erwerbstätigen ist im Niedriglohnsektor beschäftigt, gleichzeitig haben wir in Teilen Deutschlands eine nach wie vor hartnäckige Langzeitarbeitslosigkeit.
- Auch bei der Bildung – gerade in Bayern – , bei Gesundheit, beim Wohnen und vielem anderen
- 25
- gibt es Ungerechtigkeit. Während in Bayern die großen Zentren und die Hochschulstädte boomen, gibt es Regionen, die von Abwanderung betroffen sind, in denen Infrastruktur und Jobs fehlen, die im Wettbewerb immer weniger Chancen haben. Dort mangelt es etwa am Ausbau von Straße, Schiene und Datenleitungen, während sich anderswo alles auf engstem Raum zusammenballt.

30 Bayerns SchülerInnen fallen öfter durch, es gibt viel zu viele, die ohne Abschluss abbrechen. Wer da nicht gegensteuert, raubt den jungen Leuten Chancen. Das Gezerre um das „richtige“ Gymnasium ist zwischen unfähig und peinlich anzusehen. Es fehlen tausende Lehrkräfte, obwohl der Bedarf an Personal lange bekannt ist.

35 Deutlich mehr als die Hälfte der Menschen in Bayern finden, dass Einkommen und Vermögen ungerecht verteilt sind. Diese Ungerechtigkeit wirkt auf die Menschen. Um die soziale Gerechtigkeit ist es schlecht bestellt!

Viele Menschen haben Angst vor sozialem Abstieg. Obwohl es ihnen selbst gut geht, haben sie
40 Angst davor, zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit abzurutschen. Viele fürchten, dass es ihren Kindern einmal schlechter gehen könnte als ihnen selbst. Zunehmend fühlen sich Menschen ausgeschlossen aus Gesellschaft und Demokratie.

Auch deshalb haben politische Gruppen Zulauf, die die Demokratie als „das System“ verantwort-
45 lich machen und vermeintlich einfache, wirksame Lösungen anbieten. Benachteiligten Gruppen, vor allem Zuwanderinnen und Zuwanderer, wird hierbei die Verantwortung für die Ursachen sozialer Ungleichheit zugeschoben. So werden Bedrohungsängste geschürt. RechtspopulistInnen und Rechtsextreme nutzen vor allem soziale Netzwerke und zielen direkt auf die Demokratie, ihre Institutionen und Repräsentanten.

50 Auch deshalb, so meinen wir SozialdemokratInnen, ist es Zeit für mehr Gerechtigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung ebenso wie für Generationen-, Geschlechter- und Bildungsgerechtigkeit.

55 Nicht nur, weil wir uns den Zielen der Solidarität und Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, sondern auch, weil wir glauben, dass wir mit einer Politik, die alle mitnimmt, den Demokratiefeinden den Boden entziehen können. Maßstab dürfen nicht die spitzeften und härtesten Ellbogen sein, sondern eine Vorstellung von der Lebensqualität in einer solidarischen Gesellschaft.

60 Denn: Zeit für mehr Gerechtigkeit ist auch

Zeit für mehr Demokratie.

Gute Arbeit im digitalen Zeitalter

65 Die Arbeitswelt ist in Bewegung. Digital vernetzt, global verteilt und flexibel verändert sich unsere Arbeit mit hoher Geschwindigkeit. Deshalb müssen wir fragen: „Wo bleibt der Mensch?“ Unsere Antwort lautet: „Arbeit muss *gute* Arbeit sein.“

70 Die veränderte Arbeitswelt bietet viele Chancen, birgt aber auch Risiken. Positiv zu sehen sind
etwa die erweiterten Spielräume für kreatives Arbeiten. Es wird möglich, die eigenen Arbeits-
bedingungen stärker mitzugestalten. Hierzu gehören gute Tarifverträge und Mitbestimmung.
Arbeit dient der beruflichen und persönlichen Entwicklung. Sie fördert Gesundheit und Wohlbe-
finden. Familie und Beruf werden leichter vereinbar. Negativ wirkt sich die veränderte Arbeitswelt
75 durch Verfügbarkeit rund um die Uhr, eine lückenlose Kontrolle und einen ständigen Wettlauf
zur Erreichung von Zielen aus. Der Niedriglohnsektor wächst und Scheinselbständigkeit steigt.
Tarifverträge und Mitbestimmung werden ausgehöhlt. Hohe Arbeitsbelastung schädigt Gesund-
heit und Wohlbefinden. Negative Auswirkungen treffen junge Menschen in besonderer Weise.
Befristungen oder prekäre Arbeitsverhältnisse prägen vielfach die Beschäftigungsbedingungen
80 junger Menschen. Eine gesicherte Lebensplanung wird dadurch unmöglich. Demgegenüber
werden Ältere überdurchschnittlich häufig in die Arbeitslosigkeit gedrängt und bleiben dort ohne
Chance auf einen Arbeitsplatz.

Wir sagen: Gute Arbeit ist möglich. Sie kommt allerdings nicht von allein.

85

Deshalb brauchen wir

- eine gute Bildung und Qualifizierung für die digitale Kompetenz unserer Kinder
- gute Tarifverträge und Mitbestimmung für alle ArbeitnehmerInnen
- 90 • Flexibilität und angepasste Arbeitszeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- ein Recht auf Weiterbildung für alle
- die Zurückdrängung von Niedriglöhnen und Scheinselbständigkeit
- weitere gesetzliche Maßnahmen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- 95 • Abschaffung aller Ausnahmen beim Mindestlohn
- Schulen, die dank ihrer guten personellen und sachlichen Ausstattung digitale Kompetenz
vermitteln
- ein Landesweiterbildungsgesetz für alle Arbeitnehmerinnen und die Stärkung der bayeri-
schen Erwachsenenbildung
- 100 • ein Tariftreuegesetz
- Ausbau der Kombination von Teilzeitarbeit und Teil-Erwerbsunfähigkeitsrente zum Erhalt
des Arbeitsplatzes bei gesunkener Leistungsfähigkeit

Wohnen – bezahlbar für alle

105

Neben guter Arbeit entwickelt sich das gute Wohnen immer deutlicher zu einer entscheidenden
sozialen Frage. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat in vielen bayerischen Städten und
Gemeinden ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Die Nachfrage nach Wohnungen steigt unver-
ändert. Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen, z. B. bei der Familiengründung, im
110 Alter, beim beruflich oder privat bedingten Umzug, sind dringend auf bezahlbaren Wohnraum

angewiesen. Bereits jetzt befürchten 60 Prozent der Menschen in Bayern, dass es in Zukunft nicht genug bezahlbaren Wohnraum gibt. Diese Entwicklung ist kein Schicksal, sondern die Folge der bayerischen Wohnungspolitik. Die Anzahl der geförderten Wohnungen in Bayern hat sich in 15 Jahren nahezu halbiert und der Freistaat hat mit der GBW 33.000 preiswerte Wohnungen verkauft. Vor diesem Hintergrund fordern wir ein strategisches Umdenken in der Wohnungspolitik:

Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, brauchen wir den geförderten Bau von 100.000 bezahlbaren Wohnungen. Außerdem soll auch der Freistaat wieder selbst Wohnungen in ganz Bayern bauen. Dazu brauchen wir eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft, die gezielt baut, wo es notwendig ist und diese Wohnungen zu niedrigen Mieten anbietet. Das ist der Königsweg für eine langfristige Wohnungspolitik, die unabhängig von privaten Investoren und einem unsozialen Wohnungsmarkt funktioniert.

Für uns gilt: Eigentum verpflichtet. GrundstückseigentümerInnen, die mit baureifem Land lieber spekulieren als eine Bebauung zuzulassen, sind hoch zu besteuern. Wenn Grundstücke zu Bauland werden, entstehen oft hohe Wertzuwächse. Diese Gewinne entstehen durch kommunale Planung und ohne Leistung der EigentümerInnen. Sie sind daher für die Errichtung von öffentlichen Infrastrukturen heranzuziehen.

Außerdem gilt es, MieterInnen zu schützen und ihre Rechte zu stärken. Der Staat darf nicht wegschauen, wenn Wohnungen in einem untragbaren Zustand an Bedürftige vermietet werden. Zu viele Menschen leiden an übersteuerten Mieten oder müssen wegen Luxussanierungen ihr zuhause und ihre Stadt verlassen. Wir fordern einen Staat, der sich für gutes Wohnen stark macht!

Gutes Wohnen ist neben guter Arbeit für die Lebensqualität unabdingbare Voraussetzung.

Deshalb brauchen wir

- eine höhere Besteuerung mit einer Grundsteuer C, die Grundstücksspekulation verhindert
- 100.000 neue, staatlich geförderte, bezahlbare Wohnungen
- den Aufbau einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft für ganz Bayern
- die Stärkung der Mieterrechte
- wirksame Instrumente, um Baulücken bebauen zu können
- Maßnahmen zur Reduzierung der Baukosten von Neubauten
- eine einfachere Erhebung des Mietspiegels und ein Einbeziehen auch der Bestandsmieten
- einen Ausbau der Städtebauförderung vor allem auch für präventive Maßnahmen

Familien stärken

Familie ist vielfältig. In Familien übernehmen Menschen über Generationengrenzen hinweg füreinander Verantwortung. Dafür brauchen sie mehr Zeit, Geld und Infrastruktur. Wir fordern

darum einen Rechtsanspruch auf Familienarbeitszeit (26-36 Wochenstunden) zur besseren Vereinbarkeit von familiärer Sorge und Erwerbstätigkeit.

155 Bislang betreuen vor allem Frauen die Kinder oder pflegen Angehörige: Frauen mit Kindern leisten 80 Prozent mehr unbezahlte Arbeit als ihre Partner. Das hat starke Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit und damit auf die Rentenansprüche. Andererseits wollen sich immer mehr Väter aktiv an der Erziehung ihrer Kinder beteiligen. Darum wollen wir, dass Eltern sich Erwerbsarbeit und Erziehung, aber auch die Pflege von Angehörigen, partnerschaftlich teilen können. Mit
160 steuerfinanziertem Familiengeld soll ausgeglichen werden, wenn beide Partner für die Kinder oder die Pflege von Angehörigen ihre Arbeitszeit reduzieren. Denn wer Kinder erzieht und sich um seine pflegebedürftigen Angehörigen kümmert, hat Anspruch auf unsere Solidarität.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktioniert nur, wenn eine hochwertige Infrastruktur
165 zur Betreuung und Bildung von Kindern flächendeckend zur Verfügung steht. Kinder gehören in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft – und der Zugang zu Bildung muss beitragsfrei sein! Das gilt für Bildung ein Leben lang. Deshalb muss in einem ersten Schritt neben der Schule auch die Kita beitragsfrei werden! Derzeit profitieren nicht alle Kinder in Bayern gleich gut von frühkindlicher Bildung: Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund gehen deutlich selte-
170 ner in Kitas (19 Prozent) als Kinder ohne (31 Prozent), ebenso Kinder aus Familien mit weniger Geld.

Einer der Gründe: Elternbeiträge, die für manche einfach zu hoch sind. Für uns ist klar: Jedes Kind muss Anspruch auf den Zugang zur Kita haben – unabhängig von der Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern! Unser Ziel: Beitragsfreiheit ab dem ersten Lebensjahr. So profitieren rund 400.000
175 Kinder von echter Bildungs- und Chancengerechtigkeit von Anfang an und die Eltern werden pro Jahr um durchschnittlich fast 2.000 Euro entlastet. Eltern und Kinder verdienen unsere Solidarität.

Erziehung ist Bildung – Betreuung ist mehr wert!

180 Deshalb brauchen wir

- einen Rechtsanspruch auf Familienarbeitszeit
- Beitragsfreiheit für jede Art von (Weiter-)Bildung, beginnend mit der Kita

185 **Zeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingt, wenn wir die Menschen in den Blick nehmen. Bayern und Deutschland profitieren von der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Menschen, wenn alle ihr Leben auf unseren demokratischen Grundwerten gestalten. Das gilt auch für Zuwanderer.
190 Sie alle bereichern unsere Gesellschaft, machen sie vielfältig und innovativ. Menschen, die sich hier einbringen, arbeiten und leben, stärken auch unsere Sozialsysteme und sichern so unseren Wohlstand. Trotzdem lösen Migration und Geflüchtete bei vielen Menschen Ängste und

Verunsicherung aus.

195 Damit Ängste und Verunsicherung keine Chance bekommen unsere Gesellschaft zu spalten,
treten wir ein für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt. Niemand soll Angst haben aus dem
Arbeitsmarkt verdrängt zu werden. Niemand soll Angst haben, dass er demnächst keine Woh-
nung mehr findet, weil dort Geflüchtete eingezogen sind. Wir wollen, dass diejenigen, die die
Schwachen gegen die Schwächsten ausspielen wollen, keine Chance haben. Deshalb setzen wir
200 uns ein für mehr bezahlbaren Wohnraum – für alle Menschen. Die, die hier schon lange leben,
und die, die hier neu sind. Wir setzen uns ein für mehr Kita-Plätze, damit alle Kinder die gleichen
Chancen haben – von Anfang an und unabhängig davon, wo ihre Eltern herkommen. Und wir sor-
gen dafür, dass Integration vom ersten Tag an gelingt. Durch ausreichende Integrationsangebote
und vor allem durch Teilhabe am Arbeitsmarkt, ohne dass andere hierdurch ein Nachsehen haben.

205

Es gibt viele, die keine offene Gesellschaft wollen. Menschen, die Geflüchteten mit Hass und
Ausgrenzung begegnen, müssen wir konsequent entgegentreten. Bei uns ist willkommen, wer
Schutz sucht. Bei uns ist willkommen, wer sich in dieser Gesellschaft einbringen will. Daher
werden wir Programme gegen Rassismus und für Demokratie fördern und ausbauen und die
210 politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Bayern stärken. Demokratie braucht Demokraten.

Deshalb steht für uns fest:

Durch gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration können alle gewinnen.

215

Zeit für mehr Gerechtigkeit

Unser Ziel ist, das Leben für die Menschen besser und gerechter zu machen. Gleiche Lebensbe-
dingungen schaffen, finanzielle und kulturelle Ressourcen gerecht verteilen, allen die gleichen
220 Chancen ermöglichen – das sind unsere zentralen Anliegen. Wir sind fest davon überzeugt:
Soziale Herkunft und Ungleichheit dürfen niemals zum sozialen Schicksal werden. Mit guten
Arbeitsbedingungen, bezahlbarem Wohnraum und einer starken Unterstützung für Familien
sorgen wir deshalb dafür, dass es in unserer Gesellschaft endlich gerechter zugeht.

225 Perspektivlosigkeit am unteren Rand der Gesellschaft, ein Ausspielen der Schwachen gegen die
Schwächsten, das Erstarren des Rechtspopulismus, all das sind ernsthafte Gefahren für unsere
Demokratie. Deswegen geht es in unserem Kampf um mehr Gerechtigkeit im Kern auch um den
Kampf für unsere Demokratie.

230 Als BayernSPD wollen wir diesen Kampf gemeinsam aufnehmen. Wir wollen, dass nicht nur
einige wenige, sondern alle Menschen, die in Bayern leben, vom Wohlstand profitieren. Wir
wollen, dass niemand Angst vor sozialem Abstieg haben muss. Wir wollen, dass Chancen und
Vermögen endlich gerechter verteilt sind.

235 Kurzum: Wir finden, es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!

A Arbeit

Antragsbereich A / Antrag 2

UB Erlangen

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

A2: Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive (Annahme)

Die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt hat sich sichtbar erhöht. So erzielt ein Teil der Beschäftigten relativ gute Einkommen und profitiert von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, während andere von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht sind oder nur prekäre Beschäftigung finden. Nach einer Phase wachsender Chancengleichheit trotz ungleicher sozialer Ausgangslage nimmt die Abhängigkeit der beruflichen Perspektive von der sozialen Lage des Elternhauses wieder zu. „Wer unten ist bleibt unten“ findet längst wieder wachsende Bestätigung. Einen großen Einfluss auf die Arbeitsmarktchancen hat die berufliche Qualifikation. Veränderte Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Stichworte: Digitalisierung, Industrialisierung 4.0) verschärfen das Problem wachsender bildungspolitischer Polarisierung und die Entwicklung eines drohenden Fachkräftemangels. Wachsende Teile der Bevölkerung verfügen über eine berufliche Qualifizierung weit unterhalb des Durchschnitts. Ohne bildungspolitisches Gegensteuern wird auch die notwendige Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt das Ungleichgewicht weiter zu vergrößern.

15 Wir fordern deshalb

1. eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive, die von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Weiterbildung reicht und Bildung mit den Zielgruppen gestaltet und umsetzt.
2. anstelle einer kurzfristig orientierten, mit Sanktionen durchgesetzten Qualifizierungspolitik sind wieder mittel- und langfristige Orientierungen anzustreben. Neben der Weiterentwicklung der klassischen Qualifizierungsinstrumenten sind neue Anreizsysteme für Erst- und vor allem die Weiterbildung zu entwickeln (Ermöglichung von Transfergesellschaften auch für Klein- und Mittelbetrieb; Stärkung des Rechtsanspruchs von ArbeitnehmerInnen über die unmittelbare Anpassungsqualifizierung am Arbeitsplatz hinaus, Verbesserung der Einkommenslage in Phasen der (Weiter)Bildung, Schaffung ökonomischer Anreizsysteme insbesondere in den unteren bei (Langzeit)Arbeitslosen.).

3. einen zusätzlichen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit Qualifizierungselementen.

Antragsbereich A / Antrag 4

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

Bundesvorstand

A4: Dokumentierte Aufklärungspflicht von Arbeitgeber*innen beim Einstellungsverfahren über die Folgen von Minijobs
(Annahme)

Bis zur Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro bzw. Abschaffung von Minijobs, sollen weitere Hürden für den Einsatz und Abruf solcher prekären Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

- 5 Wir fordern, dass Arbeitgeber*innen beim Bewerbungs- bzw. Einstellungsverfahren über die Folgen dokumentiert aufklären. Zwingend in der Dokumentation müssen die Rechte der/des Beschäftigten, z.B. hinsichtlich der Einhaltung von Gesetzen wie zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung, Betriebsverfassung und der Geltung von Tarifverträgen ebenso wie mögliche Negativfolgen von Minijobs hinsichtlich der Rentenansprüche und zwar
- 10 in allgemeinverständlicher Form. ArbeitnehmerInnen müssen die Kenntnisnahme und das Verstehen schriftlich bestätigen.

Nichtsdestoweniger halten wir fest an der Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro nach dem Modell des DGB.

Antragsbereich A / Antrag 5

AG 60plus Bayern

A5: Seniorinnen- und Seniorenarbeit als Pflichtaufgabe der Kommunen in der Bayerischen Gemeindeordnung festschreiben
(Annahme)

Wir fordern die SPD Landtagsfraktion auf, auf die Bayerische Staatsregierung einzuwirken, dass der Artikel 57 der Bayerischen Gemeindeordnung dahingehend ergänzt wird, dass die Seniorenarbeit, analog der Jugendarbeit, als Pflichtaufgabe der Gemeinden verankert wird.

Antragsbereich A / Antrag 7

AfA Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

**A7: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Referentinnen und Referenten in Bildungsmaßnahmen
(Annahme)**

Wir fordern, dass Referentinnen und Referenten in staatlich geförderten und/ oder staatlich anerkannten Bildungsmaßnahmen armutssicher und Lebensstandard sichernd beschäftigt werden. Die Bildungsträger schaffen derzeit staatlich subventionierte akademische Armutsjobs und bewirken so langfristig die Zunahme massiver Altersarmut.

5

Der Netto-Stundenlohn von Referentinnen und Referentinnen liegt derzeit zum Teil unter 6,50 €.

Wir fordern:

- 10 1. Die Referentinnen und Referenten sind sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen mit Einzahlungen auch des Arbeitgeberanteils in die Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung
- 15 2. Alternativ kann für die (ohnehin vorgegebene) Stundenzahl der Maßnahme ein Rahmenvertrag über diese Anzahl der Stunden geschlossen werden. Für diese durch die Maßnahme vorgegebene Stundenzahl sind die Arbeitgeber verpflichtet in die Sozialversicherung für die Beschäftigten einzuzahlen (Arbeitgeberanteil). Der Referent/ die Referentin hat einen Anspruch auf Bezahlung der im Rahmenvertrag festgelegten Stunden.
3. Der Brutto-Stundenlohn muss mindestens dem Tarifvertrag entsprechen.

- 20 Dies ist deshalb erforderlich, weil nicht davon auszugehen ist, dass die Beschäftigten dauerhaft beschäftigt werden, da dies ja von der Zuweisung von Maßnahmen abhängt.

Es ist genau zu prüfen, ob es sich bei der Beschäftigung um eine Scheinselbständigkeit handelt.

- 25 Dies sollte immer dann der Fall sein, wenn der Referent/ die Referentin ausschließlich bei einem Träger beschäftigt ist.

- 30 In derartigen Fällen ist der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin zwar mit allen Risiken und Nachteilen einer selbständigen Tätigkeit belastet; die Freiheit der freien Gestaltung des Arbeitsverhältnisses besteht jedoch durch die Vorgaben in der Maßnahme nicht.

Die Nichteinhaltung soll als Ordnungswidrigkeit strafbewährt sein.

Antragsbereich A / Antrag 8*AfA Bayern**Weiterleiten an:**Bundesparteitag**Landesvorstand***A8: Arbeitsmarktpolitik
(Annahme)**

Wir fordern im Regierungsprogramm der SPD für die nächste Wahlperiode klare Festlegungen für Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz 4) zu treffen. Dazu muss gehören:

- 5
- eine realistische Bedarfsermittlung für die Leistungen der Grundsicherung und ein Abgehen von Pauschalisierungsregelungen für nachweisbar anfallende Kosten
 - eine Abschaffung des aktuellen Sanktionssystems, weil Kürzungen des Existenzminimums der Zielsetzung der Grundsicherung widersprechen
 - eine bessere Personalausstattung der Jobcenter (qualitativ und quantitativ) um Fördermöglichkeiten besser nutzen zu können.
- 10

C WohnenAntragsbereich C / Antrag 2*Bezirk Mittelfranken**Weiterleiten an:**Bundesparteitag**Bundestagsfraktion**Landtagsfraktion***C2: Förderung und Unterstützung von Genossenschaften
(Annahme)**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Genossenschaften Bauland zur Verfügung gestellt wird. Genossenschaften können den Kommunen beim Aufbau sozialen und bezahlbaren Wohnraums helfen. Dadurch werden Wohnungen der Spekulation entzogen und können wichtige gesellschaftspolitische Funktionen wie soziale und kulturelle Integration und Stärkung der Zivilgesellschaft erfüllen.

5

F Familie

Antragsbereich F / Antrag 1

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

Bundesvorstand

F1: Gerechte Familienpolitik 2017 – Kindergrundsicherung zur Gleichwertigkeit aller Kinder (Annahme)

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in Anlehnung zum Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung ein Gesetz zur Einführung einer eigenständigen Kinder-Grundsicherung zu entwickeln und in den Bundestag einzubringen

- 5 Jedes Kind muss auf die Grundsicherung einen Rechtsanspruch haben, kontrolliert durch das jeweilige für das Kind zuständige Jugendamt.

- 10 Mit der Umsetzung einer Kindergrundsicherung leisten wir einen Beitrag zur Chancengleichheit von Anfang an, da die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Kinder zumindest unter wirtschaftlichen Aspekten gesichert ist. Die Kindergrundsicherung ist ein wichtiges Instrument, um Kinder losgelöst vom Familienkontext aus der akuten Kinderarmut zu holen.

Antragsbereich F / Antrag 2

UB Nürnberg, Mittelfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

F2: Umsetzung der Europaratsentschließung 2079 für Eltern nach Trennung (Annahme)

- 5 Einführung der (steuer-)rechtlichen Grundlage für eine Gleichbehandlung von Elternteilen nach Trennung als Paar auf Grundlage der einstimmig beschlossenen Europaratsentschließung 2079 vom Oktober 2015. Darin ist die Mediation von getrennten Elternteilen vorgesehen, sowie die Einbeziehung beider Elternteile mit aktiver Alltagszeit in Form des Wechselmodells welches bedeutet, dass Kinder zu

50 % beim Vater und zu 50 % bei der Mutter leben können.

10 Ziel ist die partnerschaftliche Aufgabenteilung beider Elternteile. Familie für die Kinder soll es sowohl beim Vater als auch bei der Mutter geben.

Daraus ergibt sich gleichzeitig eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Entlastung bei der Betreuungs- und Bildungsarbeit.

G Gleichstellung

Antragsbereich G / Antrag 1

Jusos Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

G1: Keine Diskriminierung an der Kasse! Menstruation ist kein Luxus! (Annahme)

5 Frauen* verdienen weniger als Männer*. Der Equal Pay Day macht jedes Jahr im März darauf aufmerksam. Doch zusätzlich zum statistisch magereren Geldbeutel müssen Frauen* für viele alltägliche Produkte und Dienstleistungen deutlich mehr bezahlen als Männer*. Kosmetika, Rasierer, Reinigung, Friseur*in – all dies kostet durchschnittlich 17 – 40 % mehr in der „Frauen-
10 Variante“, wie eine Recherche der Verbraucherzentrale Hamburg von 2015 ergab. Dieser Aufschlag wird auch „pink tax“ genannt, auch wenn es sich hierbei um keine Steuer im eigentlichen Sinn handelt, sondern um reine Willkür der Produzent*innen. In vielen Fällen ist kein plausibler Grund für den erhöhten Preis erkennbar, außer einer anderen Farbgestaltung. Durch den Kauf von „Männerprodukten“ lässt sich dies zum Teil umgehen. Geschlechtsneutrale Produkte hingegen
15 werden meist aber nur in teuren, anti-allergenen Varianten verkauft, und die meisten in unserer Gesellschaft sozialisierten Frauen* möchten nicht gerne nach mit Männern* assoziierten Duftstoffen riechen, weshalb Frau* kaum um den Griff nach dem teureren „Frauenprodukt“ herumkommt.

15 Ein formales Verbot voneinander abweichender Preise widerspricht dabei auch für essentiell identische Produkte in unterschiedlicher Aufmachung prinzipiell den Grundregeln unserer Wirtschaftsordnung. Dies kann allerdings nicht mehr gelten, wo ein entsprechend gestaltetes Branding zu einer Verbraucher*innentäuschung hinsichtlich der Nützlichkeit oder Verwendbarkeit des im Wesentlichen identischen Produktes führt. Da der dadurch hervorgerufene Schaden bei Konsument*Innen durch diese Geschäftspraktiken in jedem einzelnen Fall unerheblich,
20 der Gesamtbetrachtung für die Produzent*innen jedoch hochgradig lukrativ ist und gleichzeitig keine staatliche Instanz eine „Genehmigung“ der Verkaufspreise in Zwischen- und Einzelhandel

vornehmen kann, fordern wir die Einführung eines Verbandsklagerechts der anerkannten Verbraucher*innenschutzorganisationen zur Bekämpfung dieser Art von Verbrauchertäuschung.

25 Hinzu kommt die schwer durchschaubare Gesetzgebung bei der Mehrwertsteuer. Als diese in ihrer heutigen Form 1968 eingeführt wurde, schuf man den ermäßigten Steuersatz, um die Grundversorgung für Geringverdiener*innen am Existenzminimum erschwinglich bleiben zu lassen.

30 Dieser sollte für „bestimmte Güter des lebensnotwendigen Bedarfs“ gelten, was aber auch Sport, Kultur und öffentlichen Nahverkehr einschloss. „Mehrwertsteuer – auf Tampons, Binden, Toilettenpapier und alle anderen Hygieneartikel dagegen 19%. Diese Güter zählen nach Ansicht des Gesetzgebers bisher nicht zu den Voraussetzungen einer dem Elend enthobenen Existenz

35 Eine Frau*, insbesondere eine geringverdienende, wird also ihr Leben lang mehr Ausgaben haben als ein Mann* in derselben Situation, denn selbst wenn sie bei den Rasierern noch zwischen blau und pink wählen kann, am Kauf von Hygieneartikeln für die Menstruation, beispielsweise Binden, Tampons und Menstruationstassen, kommt sie nicht vorbei. Für diese Produkte arbeitet eine Frau* in ihrem Leben laut einer britischen Studie im Schnitt 38 Tage.

40

Der Zyklus von Frauen* ist nicht immer vorhersehbar. Eine Frau* im öffentlichen Raum kann daher davon überrascht werden und wenn sie* währenddessen nicht genügend Geld hat, um sich die passenden Hygieneartikel zu kaufen, so führt das unweigerlich bei sehr vielen Frauen* zu Scham. Auf öffentlichen Toiletten gehört das Toilettenpapier zum natürlichen Bedarf jedes Menschen.

45 Eine Frau* hat eben auch den natürlichen Bedarf zu genau diesen Hygieneartikeln, daher sollten zumindest Binden bzw. Tampons kostenlos angeboten werden.

Wir fordern deshalb:

- 50
- die Schaffung eines Verbandsklagerechts für Verbraucher*innenschutzorganisationen zur Eindämmung ungerechtfertigter Preisaufschläge für inhaltlich im Wesentlichen identische, aber unterschiedlich „gegenderte“ Produkte des/der gleichen Hersteller*in.
 - ein Verbot von nicht begründbaren Preisaufschlägen auf Produkte für Frauen*, für die es ein ähnliches Männerprodukt gibt
- 55
- das Herabsetzen der Mehrwertsteuer für Hygieneartikel für die Menstruation, damit Frauen* nicht durch die Mehrwertsteuer einer Mehrbelastung ausgesetzt sind. Damenhygieneartikel sind Waren des täglichen Bedarfs und kein Luxusgut, deshalb dürfen sie nicht steuerlich wie ein solches behandelt werden
 - kostenlose Binden oder Tampons in öffentlichen Toiletten.

60

Antragsbereich G / Antrag 2*Jusos Bayern**Weiterleiten an:**Landtagsfraktion***G2: Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen
(Annahme)**

Die Jusos Bayern und die BayernSPD setzen sich dafür ein, dass landesweit Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen eingerichtet werden.

5 Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt soll dafür eine sozialpädagogische Halbtagsstelle im Landratsamt einrichten, die aus Landesmitteln finanziert werden soll. Die Beratungsstelle verfolgt im Landkreis zwei zentrale Aufgaben:

- 10 • „Referieren an Schulen über sexuelle Vielfalt und Orientierungen um Aufklärungsarbeit zu leisten und Vorurteile abzubauen“ durch „Referieren an Schulen über Vielfalt von sexuellen und geschlechtlichen Identitäten um Aufklärungsarbeit zu leisten und Vorurteile abzubauen
 - Persönliche Beratungsstunden mit jungen LGBTIQ*, um sich deren Probleme anzunehmen und Lösungsansätze zu finden
- 15 In Großstädten (über 100.000 Einwohner) soll die Halbtagsstelle auf eine Ganztagsstelle erweitert werden. Sollte es bereits vergleichbare Strukturen geben, wie zum Beispiel in München oder Nürnberg, sollen diese gefördert werden und die Kosten vom Freistaat übernommen werden.

P ParteiAntragsbereich P / Antrag 1*Bezirk Oberbayern**Weiterleiten an:**Bezirksvorstände**Bundesparteikonvent**Bundesparteitag***P1: Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen
(Annahme)**

Der Landesverband Bayern beantragt die Änderung der Geschäftsordnung wie folgt:

- Die Redezeit für die Einführung eines Themenkomplexes / Leitantrags, sowie die Redezeit für den einführenden Bericht der Antragskommission beträgt maximal 5 Minuten.
- 5 • Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt maximal 3 Minuten.
- Die Rednerinnen werden in der Reihenfolge der abgegebenen Wortmeldungen aufgerufen. Die transparente Redeliste muss weiterhin für die Delegierten einsehbar bleiben.
- Berichterstatter /innen und Mitglieder des Parteivorstandes können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten, sind aber an die Redezeit von maximal 3
- 10 Minuten gebunden.
- Die Berichterstatter/innen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Auch hierfür beträgt die Redezeit jeweils 3 Minuten.
- Das Präsidium hat darauf zu achten dass die Redezeit der Delegierten insgesamt den doppelten Anteil hat wie die gesamte Redezeit des Parteivorsitzenden, der Mitglieder des Parteivorstandes und der Sprecher/innen der Antragskommission. Bei Vorliegen einer entsprechenden Zahl von Wortmeldungen ist ein „Schluss der Debatte“ bzw. ein „Schluss der Redeliste“ erst dann möglich, wenn mindestens dieses Verhältnis hergestellt ist. Nimmt die Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals inhaltlich Stellung, so ist die
- 15 Aussprache wieder eröffnet.
- Der Satz: “Der Parteivorstand hat eigenes Initiativrecht.“ ist aus der Geschäftsordnung zu
- 20 streichen.

Antragsbereich P / Antrag 2

Bezirk Oberbayern

Weiterleiten an:

Bundesparteikonvent

Bundesparteitag

P2: §15 Parteitag, Zusammensetzung (Annahme)

Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei. Er setzt sich zusammen:

I. Aus 600 von den Bezirksparteitagen in geheimer Abstimmung gewählten Delegierten. Dabei erhält jeder Bezirk

5

vorab zwei Grundmandate. Die weiteren Delegiertenmandate werden nach dem Verhältnis der

abgerechneten

10 Mitgliederzahlen des letzten Kalenderjahres vor Einberufung des Parteitags auf die Bezirke verteilt. Bezirkssatzungen können bestimmen, dass die Wahl der auf den Bezirk entfallenden Delegierten ganz oder teilweise durch die Unterbezirksparteitage erfolgt; dabei ist sicherzustellen, dass Frauen und Männer in der Delegation eines jeden Bezirkes mindestens zu je 40 % vertreten sind.

15 II. Aus den Mitgliedern des Parteivorstandes.

Füge ein vor Ziffer 2: Die Bezirke sind aufgefordert dafür zu sorgen, dass mindestens 50 % der Delegierten keine Landtags- Bundestags- oder Europaabgeordnete sind.

Antragsbereich P / Antrag 3

Bezirk Oberbayern

Weiterleiten an:

Bundesparteikonvent

Bundesparteitag

P3: §18 Einberufung des ordentlichen Parteitages (Annahme)

Die Einberufung des Parteitages soll spätestens drei Monate vorher mit der vorläufigen Tagesordnung veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der Tagesordnung soll mindestens einmal in angemessener Zeit wiederholt werden.

5 Anträge von Organisationsgliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Themenforen auf Bundesebene und Wahlvorschläge für den Parteitag sind zwei Monate vorher dem Parteivorstand einzureichen. Für Anträge des Parteivorstandes gilt dieselbe Frist. Die Anträge sind den Delegierten, Bezirken, Unterbezirken und den Antragstellenden mit einer Stellungnahme der Antragskommission zwei Wochen vor dem Parteitag zuzusenden. Ortsvereine, die
10 keinen Antrag gestellt haben, ist auf Anforderung ebenfalls ein Exemplar der Anträge zuzusenden.

Füge ein nach:“ Für Anträge des Parteivorstandes, auch für den Leitantrag, gilt dieselbe Frist.

Antragsbereich P / Antrag 4

Bezirk Oberbayern

**P4: §28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents
(Annahme)**

Der Parteikonvent setzt sich zusammen:

1. Stimmberechtigte Mitglieder: 200 von den Parteitagern der Bezirke in geheimer Abstimmung zu wählenden Delegierten. Dabei erhält jeder Bezirk vorab ein Grundmandat. Die weiteren Mandate werden nach dem Schlüssel für die Errechnung der Delegiertenzahlen auf den Bundesparteitagen auf die Bezirke verteilt.

Füge ein: Die Bezirke sind aufgefordert dafür zu sorgen, dass mindestens 60 % der Delegierten keine Landtags- Bundestags- oder Europaabgeordnete sind.

10

Füge ein als neuen Absatz 7 in § 28 analog zu § 16 Abs. 2:

- 15 „Über die Verhandlungen des Parteikonvents wird ein Wortprotokoll angefertigt. Das Protokoll ist vom Parteivorstand spätestens vier Wochen nach dem Parteikonvent den Delegierten zuzusenden. Beschlüsse sind durch zwei Mitglieder des Präsidiums des Parteikonvents zu beurkunden.

Antragsbereich P / Antrag 5

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundesvorstand

**P5: Gestaltung von Parteitagern
(Annahme)**

Das Programm der Parteitage der SPD wird auf allen Ebenen so organisiert, dass die Antragsberatung Priorität hat und in den Mittelpunkt gerückt wird.

Antragsbereich P / Antrag 6

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Landesvorstand

P6: Frauenförderung in der Partei konsequent umsetzen!

(Überweisung an Landesvorstand und Mitgliederbeauftragte als Material)

Die SPD setzt sich für Gleichberechtigung und Frauenförderung ein, dennoch ist der Sexismus in der Partei noch tiefverankert. Frauen werden noch zu wenig innerhalb der Partei gefördert und erhalten oft nicht die Rückendeckung in Vorständen oder auf Mandatslisten. Die Jusos haben uns der Frauenförderung im eigenen Verband verpflichtet und stehen zu einer echten Frauenquote bei Delegationen. Nichtquotierte Delegationen verlieren Stimmrechte bis sie eine Quotierung von mindestens 40 % Frauenanteil erhalten. So sind Delegationen gezwungen, quotierte Listen aufzustellen. Die Geschlechterquote in der SPD ist immer noch im binären Kontext, also zwischen Mann und Frau. Solange der binäre Kontext vorhanden ist, sprechen wir uns gegen die Geschlechterquote und für die Frauenquote aus. Frauen müssen gefördert werden. Männer hingegen sind in der SPD auf allen Ebenen überrepräsentiert und müssen nicht in einer Quote berücksichtigt werden.

Die Geschlechterquote verhindert sogar aktive Frauenförderung in dem Sinne, wenn Delegationen mehr als einen Anteil von 60% Frauen haben. Nach dem aktuellen Statut der SPD wäre das nämlich nicht möglich.

Wir fordern daher in der SPD Satzung die Ersetzung der Geschlechterquote durch eine Frauenquote, wodurch nicht quotierte Delegationen ihre Stimmrechte verlieren bis sie eine Quotierung von mindestens 40 % Frauenanteil erhalten.

Auf Parteitag ist männlich dominiertes Redeverhalten mehr als präsent. Wir fordern hierfür eine Satzungsänderung für eine quotierte Redeliste nach dem Modell der Jusos, d.h. Frauen und Männer erhalten jeweils abwechselnd und in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, so ist die Debatte beendet, wenn seit Beginn oder seit der letzten Fortführung der Debatte wenigstens drei Redebeiträge erfolgten.

Auf offiziellen Veranstaltungen der SPD muss eine Quotierung des Frauenanteils ebenfalls gegeben sein. Es kann nicht sein, dass auf Parteitag deutlich mehr Männer Grußworte bzw. Referate halten. Die Frauenquote ist hier ebenfalls einzuführen. Auf Veranstaltungen muss es Awareness-Teams geben, die nicht nur aufmerksam für Sexismen jeder Art sind, sondern auch als Ansprechpartner*innen dienen und bei Vorfällen reagieren.

35 Auch wenn zurzeit Martin Schulz für viele Neueintritte verantwortlich ist, so ist der Mitgliederschwund trotzdem nicht wegzudiskutieren. In der Partei herrscht zu wenig Wissen darüber, wie man Neumitglieder, vor allem aber junge Frauen wirbt. Wir fordern, dass die SPD für alle Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden aller Untergliederungen (vom Ortsverein bis Bundesebene/Bundestagsfraktion) Schulungen zur Neumitgliederwerbung mit Schwerpunkt Gewinnung junger Frauen anbietet, sowie aktive Frauenförderung in den jeweiligen Untergliederungen

Antragsbereich P / Antrag 7

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

Landtagsfraktion

P7: Besetzung der Antragskommissionen durch Mitglieder aller Gliederungsebenen der SPD
(Annahme)

Das neutrale Gremium der Antragskommission soll zu zwei Dritteln von Genossen und Genossinnen ohne Mandat besetzt werden. Die Stellungnahme der Antragskommission soll kurz und das Votum wertfrei erklärend sein.

Antragsbereich P / Antrag 8

UB Nürnberg

Weiterleiten an:

Landesvorstand

Präsidium der BayernSPD

P8: Erhöhung des Stundenkontingents für Endstation Rechts Bayern
(Annahme, jedoch erledigt durch Praxis)

Wir fordern, dass die SPD Bayern das Stundenkontingent für Endstation Rechts Bayern auf 37 Wochenstunden (Vollzeit) anhebt. Diese Stelle kann mit einer Person oder mit zwei Personen, die halbtags beschäftigt sind, besetzt werden.

Antragsbereich P / Antrag 9*UB Nürnberg**Weiterleiten an:**Bundesvorstand***P9: Mehr Mitgliederentscheide durchführen
(Annahme)**

Die Voraussetzungen für ein bindendes Mitgliederbegehren in der SPD sollen wie folgt verändert werden:

- 5 • Verlängerung der Zeitspanne, in der die Unterschriften zu sammeln sind, von 3 Monaten auf 6 Monate
- Zusätzlich: Durchführung von Mitgliederentscheiden auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Bundesvorstandes

10 Weiterhin soll anstelle von Unterschriften auch das Abstimmen über den SPD-Account möglich sein und laufende Mitgliederbegehren und –entscheide auf der SPD-Homepage angezeigt werden. Zudem soll die Teilnahme möglichst niederschwellig gestaltet werden, indem mehrere Möglichkeiten erlaubt werden (z.B. per Brief, online, per App).

Antragsbereich P / Antrag 12*UB Nürnberg**Weiterleiten an:**Landesvorstand***P12: Einführung einer Gleichstellungsbeauftragten / Diversity-Beauftragten innerhalb der Partei zuständig für alle Mitglieder
(Überweisung an Landesvorstand)**

5 Die SPD nimmt in ihrer Satzung die Funktion eines oder einer Gleichstellungsbeauftragten – alternativ Diversity-Beauftragten – jeweils auf Landesebene und einmal auf Bundesebene auf.

Die SPD setzt sich öffentlich für Gleichstellung, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit – gegen Sexismus und Mobbing ein. Die Partei kann auf diese Weise mit einem innovativen Ansatz ein wichtiges Zeichen nach innen durch eine neue gelebte Kultur setzen. Das verstärkt die Glaubwürdigkeit nach innen und nach außen, denn Gleichstellung ist mehr als Quote.

S Soziales und Gesundheit

Antragsbereich S / Antrag 1

AfA Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

S1: Für mehr Personal in unseren Krankenhäusern (Annahme)

Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unseren Krankenhäusern hat sich seit der Einführung der DRGs extrem verschlechtert. Die Gewerkschaft ver.di hat ermittelt, dass bundesweit 162.000 Stellen fehlen, davon etwa die Hälfte in der Pflege. In Bayern fehlen etwa 21.000 Vollzeitstellen, davon ebenfalls etwa 10.000 Stellen in der Pflege.

5

Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft ver.di nach einer gesetzlichen Personalbemessung. Seit Jahren arbeiten wir an dieser. So wird über alle Träger hinweg, unabhängig ob öffentliche, kirchliche oder private, garantiert, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern.

10 Der Slogan von ver.di „mehr von uns ist besser für alle“, trifft zu. Denn wir wissen, dass die gesundheitliche Versorgung und deren Qualität der Bürgerinnen und Bürger von ausreichend Personal mit guten Arbeitsbedingungen zu fairen Löhnen abhängig ist.

15 Bis zu einer gesetzlichen Regelung unterstützen wir ver.di auch in ihrer Ankündigung für einen Tarifvertrag Entlastung eintreten zu wollen. Wir fordern die Arbeitgeber, insbesondere den kommunalen Arbeitgeberverband auf, in die Verhandlungen einzutreten.

Antragsbereich S / Antrag 2

UB München-Stadt

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

S2: Kommunale Krankenhäuser besser finanzieren: Für eine humane Medizin in einem am Wohl der Menschen ausgerichteten Krankenhauswesen (Annahme)

Wir fordern am Versorgungsbedarf ausgerichtete Organisationsstrukturen für kommunale Krankenhäuser. Der Wettbewerb um Personalkosten muss beendet werden.

- 5 • Wir fordern, kommunale Kliniken durch eine verbesserte Finanzierung in die Lage zu versetzen, ihren sozialen Auftrag der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Durch eine Abkehr von den Fallpauschalen in den Krankenhäusern und eine Reform der Finanzierung müssen vor allem kommunale Krankenhäuser mit ihrem umfangreichen Angebot der Grundversorgung gestärkt werden. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz muss daher geändert werden.
- 10 • Wir fordern eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin sowie bedarfsgerecht wesentlich mehr Hospize.
- 15 • Im Spannungsfeld von Patientenfürsorge, wirtschaftlicher Effizienz und öffentlichem Vertrauen muss der respektvolle Umgang mit allen Beteiligten – den Patienten und dem Personal in Medizin, Pflege und Verwaltung – Vorrang erhalten vor rein finanziellen Erwägungen. Dazu gehört insbesondere eine gesetzlich geregelte Personalbemessung und eine bessere Ausstattung mit Pflege-Fachpersonal.

Antragsbereich S / Antrag 3

AfA Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

S3: Zahnersatz und Brillen – Regelversorgung für alle kostenlos
(Annahme)

Zahnersatz und Brillen müssen wieder in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden. Die gesetzlichen Krankenkassen müssen für alle Versicherten eine kostenlose Regelversorgung mit Zahnersatz und Brillen zur Verfügung zu stellen.

Antragsbereich S / Antrag 4

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

S4: Altersarmut bekämpfen – Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
(Annahme)

Zur Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung fordern wir

folgende Änderungen im SGB XII:

- 5
- Erhöhung der Freibeträge bei der Anrechnung der gesetzlichen Rentenversicherung, um einen Teil der gesetzlichen Rente zu erhalten.
 - Wegfall der vollen Anrechnung von Zusatzrenten wie der Riesterrente und der betrieblichen Altersvorsorge und Einführung entsprechend hoher Freibeträge
 - Verdoppelung des Schonvermögens (bislang 2.600 €; ab 1. April 2017 5000 Euro) auf 10 000 Euro
- 10

Antragsbereich S / Antrag 5

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

Landtagsfraktion

S5: Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen
(Annahme)

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, eine strenge Umsetzung des Glücksspielvertrags in Bayern umzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetz zum Schutz vor Spielsucht zu schaffen und einzuführen.

- 5 Der gültige Staatsvertrag von 2009 regelt die Zuständigkeit in den Bundesländern, er wird z. B. von Berlin streng umgesetzt. Die Spielhallenflut muss gestoppt und die Spieler müssen durch Präventionsarbeit und neue Gesetze geschützt werden.

Antragsbereich S / Antrag 6

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Landesvorstand

S6: Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung
(Überweisung an Landesvorstand)

Die verschiedenen Systeme der Kranken- und Pflegeversicherung sind in eine Bürgerversicherung umzuwandeln. Die Mitversicherung der Kinder muss wie bisher weiterhin kostenfrei sein, ebenso

für Pflegende, die Menschen ab dem Pflegegrad der Stufe 3 versorgen.

Antragsbereich S / Antrag 9

UB Nürnberg

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

S9: Besserer Schutz von Betreuten

(Annahme)

1) Sobald ein Betreuungsverfahren eingeleitet, eine Betreuung verlängert oder eine Betreuung erweitert werden soll, hat der/die Betroffene einen Rechtsanspruch auf einen Rechtsanwalt ihrer/seiner Wahl für den Verfahrenskostenhilfe unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der/ des Betroffenen bewilligt wird.

5

2) Der/die Betroffene darf den/die Verfahrenspflegerin selbst bestimmen.

3) Das Betreuungsgericht ist an einem Gutachternvorschlag der/des Betroffenen gebunden, wenn der/die GutachterIn qualifiziert und zu einer Begutachtung bereit ist.

Antragsbereich S / Antrag 10

UB Nürnberg

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

S10: SGB V-Reform, damit Selbständige und Freiberufler sich freiwillig und ohne Mindestbeitrag im Verhältnis zu ihren Einkünften in der GKV krankenversichern können

(Annahme)

Wir kämpfen für eine Bürgerversicherung. Solange diese nicht umgesetzt ist wird eine Reform des SGB V beantragt. Beantragt wird eine Reform des Sozialgesetzbuches V (SGB V) dergestalt, dass zukünftig Selbständige bzw. freiberuflich tätige Personen die Möglichkeit haben, sich entsprechend, d.h. in Prozentwerten zu ihren monatlichen Einkünften, freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichern zu können, ohne dabei einen Sockelbeitrag zahlen zu müssen, wie es im Moment der Fall ist. Dies soll auch im Konzept der Bürgerversicherung so ergänzt werden.

5

Antragsbereich S / Antrag 14*Bezirk Mittelfranken**Weiterleiten an:**Bundestagsfraktion**Bundesvorstand**Landesvorstand**Landtagsfraktion***S14: Sofortige Aufhebung der Aussetzung der Förderung (SGB III) für die Ausbildung zum/zur Pflegefachhelfer/in (Altenpflege)**
(Annahme)

Der Landesverband der BayernSPD fordert den SPD Parteivorstand, die SPD Bundestagsfraktion, den SPD Landesvorstand und die SPD Landtagsfraktion auf, sich für die sofortige Aufhebung der Aussetzung der Förderung (SGB III) für die Ausbildung zum/zur Pflegefachhelfer/in (Altenpflege) einzusetzen.

5

Im Hinblick auf die weiterhin problematische Personalentwicklung in der Altenpflege müssen alle staatliche Möglichkeiten zur Gewinnung von Auszubildenden ausgeschöpft werden.

10

Durch die Förderung der Ausbildung zur Pflegefachhelferin/zum Pflegefachhelfer in der Altenhilfe stand (in Form einer Ausnahmeregelung) bis zum 31.03.2016 ein Instrument zur Verfügung, das es insbesondere Frauen und Männern ohne mittleren Berufsabschluss ermöglichte, eine über die Arbeitsagentur geförderte Pflegeausbildung (1jährige Ausbildung) zu absolvieren, die dann wiederum die Voraussetzung zur dreijährigen Ausbildung (Pflegefachkraft) darstellt.

Antragsbereich S / Antrag 15*Bezirk Mittelfranken**Weiterleiten an:**Landtagsfraktion***S15: Pilotprojekt – Drogenkonsumräume für Bayern**
(Annahme)

Der bayerische Landtag möge beschließen, dass die Staatsregierung von der Ermächtigungsklausel in §10a Abs. 2 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) Gebrauch macht. Es soll eine auf mindestens fünf Jahre zeitlich begrenzte Rechtsverordnung erlassen werden, die die Einrichtung von Drogenkonsumräumen erlaubt. Somit bietet sich die Möglichkeit Pilotprojekte für Drogenkonsumräume zu starten und die daraus resultierenden Entwicklungen für die örtliche und bayerische Drogenszene zu beobachten.

5

M Migration & Integration

Antragsbereich M / Antrag 1

Jusos Bayern

Weiterleiten an:

Landesvorstand

M1: Migration is A Human Right – Für ein progressives Einwanderungsgesetz (Überweisung an Landesvorstand)

Die Gestaltung unserer Einwanderungsgesellschaft, von Einwanderung, gleichberechtigter Teilhabe und Integration aller gehört zu den großen Zukunftsaufgaben. In der politischen Debatte mehren sich die Stimmen für ein Einwanderungsgesetz. Wir Jusos fordern ein modernes Einwanderungsgesetz, das nicht dazu beiträgt Deutschland und Europa weiter abzuschotten. Ein solches Gesetz soll Anreize zur Einwanderung schaffen und diese möglichst erleichtern und nicht dazu dienen den Arbeitsmarkt zu „schützen“. Es soll Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nach Deutschland kommen wollen, die Möglichkeit geben, dies legal zu tun und dabei auch noch die größtmögliche Unterstützung bei der Integration und dem Aufbau eines neuen Lebens geben. Wir sind der Überzeugung, dass es in der Einwanderungs- und Integrationspolitik einen Perspektivwechsel braucht. Die bisherige Politik, die vor allem auf Abschottung setzt und darauf abzielt Menschen die die hier Asyl suchen möglichst schnell abzuschieben, ist gescheitert.

Vielmehr müssen Integrationshürden abgebaut und bedürfnisspezifische Integrationsangebote geschaffen werden. Wir wollen ein Einwanderungsgesetz, das unseren sozialdemokratischen Ansprüchen genügt. Wir lehnen ein rein nachfrageorientiertes Einwanderungsgesetz ab, das sich ausschließlich am angeblichen ökonomischen Wert eines Menschen orientiert. Es muss Einwanderungschancen für alle Menschen geben.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, das ist eine unbestrittene Tatsache. Auf der einen Seite brauchen wir Einwanderung (und zwar nicht nur von Hochqualifizierten) und auf der anderen Seite ist es die Pflicht einer modernen Demokratie, allen die Möglichkeit zu geben in dieser zu leben.

Nichtsdestotrotz darf Immigration für Deutschland nicht nur aus Eigennutz geschehen. Der Leitgedanke hinter jedem Einwanderungsgesetz sollte der Wunsch nach einer offenen Gesellschaft, jenseits von Nationalitäten und Abstammung sein. Wir wollen, dass Menschen einwandern können, weil es ihnen etwas bringt – nicht, weil es wirtschaftlich sinnvoll ist. Zudem dürfen bereits immigrierte Menschen hier nicht als Arbeitskräfte zweiter Klasse behandelt werden. Dies gilt für Geflüchtete wie auch für Migrant*innen. Wer hier arbeitet, genießt selbstverständlich auch alle Rechte, die Arbeitnehmer*innen in Deutschland haben, völlig unabhängig von Staats-

angehörigkeit, Sprachkenntnissen oder Aufenthaltsdauer.

Selbiges muss natürlich auch für alle anderen Rechte gelten. Wer hier lebt, muss beispielsweise auch hier wählen dürfen. Schließlich muss er*sie sich auch an die hier geltenden Gesetze halten.

35 Und es ist nun einmal Kern einer jeden Demokratie, dass alle über die Gesetze mitentscheiden können.

Einwanderung ist in unseren Augen keine nationale Angelegenheit. Aus diesem Grund ist in der Migrationspolitik eine Lösung auf europäischer Ebene nötig. Die sogenannte Blue Card der
40 Europäischen Union ist gescheitert. Sie ist viel zu selektiv und baut sehr hohe Hürden auf. Liegt ein deutscher, in Deutschland anerkannter oder gleichwertiger Hochschulabschluss vor, und kann ein Arbeitsplatz bzw. ein Arbeitsplatzangebot mit einem Jahreseinkommen von über 48.400 EUR (37.752 EUR für Mangelberufe) nachgewiesen werden, so kann ein befristeter Aufenthaltstitel erlangt werden.

45 Das entsprechende Einkommen entspricht einem Monatslöhner von über 4000 EUR (über 3100 EUR für Mangelberufe). In die EU einzuwandern wird dadurch sehr unattraktiv, weshalb sich die Anzahl der beantragten Blue Cards sehr in Grenzen hält. Wir lehnen eine durch solche Hürden geschaffene Zwei-Klassen-Einwanderung entschieden ab.

50 Innerhalb der Europäischen Union muss eine neue Debatte über die Vorzüge und Chancen von Einwanderung in Gang gebracht werden. Ein deutsches Einwanderungsgesetz kann als Grundlage für einen solchen Diskurs dienen. Außerdem sollten sich die deutsche Bundesregierung im Rat der Europäischen Union und die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament für eine
55 Lösung auf EU-Ebene einsetzen.

WARUM WIR EIN PUNKTESYSTEM ABLEHNEN

60 Aufgrund von wirtschaftlichen Überlegungen wird aktuell ein Punktesystem nach kanadischem oder australischem Vorbild als Grundlage für die Einwanderung diskutiert. Auch die SPD-Bundestagsfraktion, vor allem in Person Thomas Oppermann, favorisieren eine solche Variante. Doch Einwanderung an Alter, Bildungsstand, Herkunft oder Arbeitsplatzzusage zu knüpfen,
65 lehnen wir entschieden ab.

Ein Einwanderungsgesetz nach unseren Vorstellungen darf Menschen nicht nach der Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft beurteilen. Denn zum einen ist die Suche nach einem Arbeitsplatz bei Weitem nicht der einzige Grund, warum Menschen nach Deutschland immigrieren wollen.
70 Zum anderen widerspricht die Beurteilung von Menschen nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit unserem sozialdemokratischen Menschenbild. Der Glaube, man könne Engpässe auf dem

Arbeitsmarkt mit

75 restriktiver und begrenzender Zuwanderungspolitik entgegenwirken, ist falsch und macht Menschen zu gesichtslosen Kalkulationsgrößen, die man wie alle anderen Rohstoffe auch nach Belieben importieren bzw. exportieren kann. Und gibt es plötzlich einen Überschuss in einer Berufsbranche, werden Visa nicht verlängert, die Einreisehürden z.B. für Angehörige verschärft und damit Familien auseinandergerissen und Lebenspläne zerstört. Und das alles nur zum Wohle der deutschen Wirtschaft.

80

Unser Bild von Einwanderung kommt nicht der Wirtschaft zugute, sondern dem Menschen. Wir möchten eine freie und offene Gesellschaft, an der jede*r teilhaben kann, der*die das möchte. Abgesehen davon zementiert das Abwerben von hochqualifizierten Arbeitskräften die globale Ungleichheit und schränkt deren Herkunftsländer in ihrer Entwicklung ein. Migration ist immer
85 auch der Ausdruck von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und oft Folge der verfehlten Außen- und Handelspolitik westlicher Industrienationen, insbesondere auch Deutschlands. Doch es geht nicht nur um die ökonomische Perspektive, sondern es gibt auch andere, persönliche Gründe, die Menschen zum Ein- bzw. Auswandern bewegen. Ein Wirtschaftssystem, das ausgelegt ist, die Armen ärmer und die Reichen reicher zu machen, wird es allerdings nie schaffen eine
90 menschenwürdige Einwanderungspolitik zu gestalten.

Deshalb bleibt unser langfristiges Ziel die Überwindung von Nationalstaaten und eine klassenlose, diskriminierungsfreie Gesellschaft. Die Grenzen Deutschlands und Europas müssen offen
95 sein für alle Menschen, nicht nur für besonders Wohlhabende oder Gebildete. Jeder und jede die oder der dauerhaft in Deutschland leben möchte, sollte auch ein uneingeschränktes Bleiberecht bekommen.

100 HÜRDEN ABBAUEN – EINWANDERUNG ERLEICHTERN

Für uns steht fest, wer in ein Land einwandern möchte, sollte das Recht und die Möglichkeit dazu bekommen – unabhängig von Bildungsstand oder ähnlichen Kriterien. Über die Entscheidung, wer und ob jemand nach Deutschland einwandert oder nicht, liegt einzig und allein beim
105 Individuum selbst und nicht beim Staat. Weder Staat noch Wirtschaft können über die Zukunft eines Menschen entscheiden. Im Gegenteil, wir sehen den systematischen Abzug von ausgebildeten Fachkräften aus Ländern mit erheblichen eigenen Entwicklungsdefiziten kritisch. Ein solcher Abzug wird begünstigt durch ein Einwanderungsgesetz, das aufgrund des wirtschaftlichen Nutzens bewertet. Um die Möglichkeit zur zwischenzeitlichen Rückkehr und des
110 wirklichen Wissensaustauschs zu fördern, wollen wir eine Wiederkehr nach Deutschland ohne Verlust erworbener Rechtspositionen ermöglichen.

Zudem soll auch die gegenseitige Anerkennung von Ansprüchen aus den jeweiligen Sozialversicherungen ermöglicht werden. Wer nach Deutschland kommen darf und wer nicht, soll nicht von
115 irgendwelchen Arbeitsverträgen oder dem Bedarf in Mangelberufen abhängen. Vielmehr hat der Staat in unseren Augen eine Verantwortung für alle hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder der Zeitspanne, in der sie sich hier aufhalten. Selbstverständlich bedarf es Regelungen, die darüber entscheiden, wer Sozialleistungen bezieht und wer nicht. Doch dieses Kriterium sollte die soziale Bedürftigkeit und nicht die eigene Herkunft sein.

120

Deshalb fordern wir gleiche Rechte für alle! Migrant*innen sollen ab dem ersten Tag die gleiche mögliche finanzielle Unterstützung bekommen wie deutsche Staatsbürger*innen, unabhängig vom Arbeits- bzw. Ausbildungsvertragsstatus.

125

Das durch die Einwanderung erworbene Aufenthaltsrecht darf weder zeitlich befristet, noch an Einschränkungen/Auflagen jeglicher Art geknüpft sein. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist weiter zu verbessern. Die Möglichkeiten zur partiellen Nachqualifizierung sind bisher nicht ausreichend und die finanziellen Belastungen durch Gebühren im Anerkennungsverfahren deutlich zu hoch und bundesweit uneinheitlich geregelt.

130

Berufs- und Hochschulabschlüsse aus dem Ausland müssen auch in Deutschland anerkannt werden. Um im Zweifelsfall Bedenken aufgrund des gleichen Niveaus aus der Welt schaffen zu können, werden freiwillige Fortbildungskurse für alle Branchen angeboten. Fortbildungen, die für die bisherigen Arbeitnehmer*innen verpflichtend waren, wie zum Beispiel Hygiene- und
135 Sicherheitsschulungen, sind auch für Neuestellte verpflichtend. Die Arbeitgeber*innen sind an den Kosten dieser Kurse angemessen zu beteiligen. Migrant*innen, die bereits ein Studium begonnen haben, sollten dieses in Deutschland ohne Unterbrechung fortführen können.

140

Um Migrant*innen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, sollen begleitende Maßnahmen geschaffen werden.

INTEGRATIONSANGEBOTE SCHAFFEN

145

Die jetzigen Zuwanderungsregeln sind zu komplex und machen die Integration von Einwanderungswilligen sehr schwer. Neben formalen Problemen sehen sich Einwanderwillige oft Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt. Strukturelle Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen müssen beseitigt
150 werden. Dem könnte das anonymisierte Bewerbungsverfahren, was für ein allgemein faireres Bewerbungssystem sorgen würde, entgegensteuern. Zudem fordern wir für alle Menschen die gleichen Rechte beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem. Das von uns geforderte Einwanderungsgesetz, das zwar zunächst nur in die bundesdeutsche Gesetzgebung einfließen

würde, könnte allerdings auch als Grundlage für ein europäisches Einwanderungsgesetz fungieren.
155

Gerade auch auf EU-Ebene sind die Regelungen sehr elitär und ermöglichen nur hochqualifizierten und bestverdienenden Nicht-EU-Bürger*innen den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Die in Anlehnung an die US-amerikanische Green Card sogenannte Blue Card erfordert ein konkretes Arbeitsplatzangebot, ein abgeschlossenes und anerkanntes Hochschulstudium und ein bestimmtes Bruttojahresgehalt. Dadurch ist leider der allergrößte Teil der potenziellen Einwanderer*innen von brauchbaren Regelungen ausgeschlossen.
160

Integration ist ein dauerhafter Prozess, der mit dem Einreisewillen beginnt und nicht durch eine Prüfung gemessen werden kann oder beendet wird. Wir betrachten die bisherigen Hürden nicht nur als Einwanderungs- sondern auch als Integrationshindernis. Deshalb fordern wir eine Entschlackung des bürokratischen Prozesses, um nicht den Einwanderungs- und Integrationswillen zu brechen und um die Integration von Migrant*innen bestmöglich zu erleichtern. Es braucht ein integrationspolitisches Gesamtkonzept, das sowohl Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache und Maßnahmen zur Eingliederung in das Bildungs- und Beschäftigungssystem beinhaltet, als auch Initiativen zur Förderung der Akzeptanz in der Bevölkerung und der Bekämpfung von Rassismus.
165
170

Zu den notwendigen Integrationsangeboten für die Einwanderer*innen gehören u.a. eine umfassende Integrationsberatung, eine sozialpädagogische Begleitung und eine Kinderbetreuung für die Dauer der Integrationsmaßnahmen, als auch Basis- und Aufbausprachkurse. Ziel muss es sein, soziale und gesellschaftliche Benachteiligungen zu bekämpfen und eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen.
175

Ein Einwanderungsgesetz muss also demzufolge einen Rechtsanspruch auf Integrations- und Sprachkurse beinhalten, um jedem*jeder dieses Angebot bieten zu können, sind diese Kurse kostenfrei zu gestalten. Dafür ist natürlich auch ein Bemühen der deutschen Behörden erforderlich, denn Integration ist keine Einbahnstraße und kann nicht von den Einwanderer*innen allein gestemmt werden. Es bedarf einem breiten Ausbau der Integrationskurse, Investitionen in die Ausbildung von Deutschlehrer*innen, Weiterentwicklung von erfolgreichen Integrationsmodellen u.v.m.
180
185

Die bisherigen Möglichkeiten nach Deutschland einzuwandern sind sehr komplex und schwer zu durchschauen. Für viele gibt es nur eingeschränkte Möglichkeiten für eine langfristige Bleibeperspektive. Angesichts verschiedenster Aufenthaltstitel fehlt es an Klarheit und Transparenz, weshalb es dringend rechtliche Verbesserungen braucht. Denn Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss dies auch endlich so kommunizieren. Also müssen Erleichterungen auch klar nach außen beworben werden, damit jede und jeder, der oder die nach Deutschland einwandern will, auch über die eigenen Rechte Klarheit bekommt.
190

195

Zudem wollen wir die Möglichkeiten für junge Menschen verbessern nach Deutschland einzuwandern, um sich hier ausbilden zu lassen. Es soll inhaltliche und sprachliche Vorbereitungskurse geben, auch um über die Rechte als Auszubildende*r oder Arbeitnehmer*in aufzuklären.

200

Das Problem der Entstehung von Parallelgesellschaften sehen wir als nicht gegeben an. Wir lehnen die Vorstellung einer Mehrheitsgesellschaft und einer dazu gehörigen Leitkultur ab, da sich die Gesellschaft aus diversen parallel existierenden Milieus konstituiert.

205

Die Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft empfinden wir als ungerecht und überholt. In einer modernen, multikulturellen Gesellschaft sollten Staatsbürgerschaften keine Rolle mehr spielen. Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollten auch hier wählen dürfen. Nach der Ummeldung des Wohnsitzes innerhalb Deutschlands darf man nach drei Monaten an den Wahlen teilnehmen. Diese Regelung sollte auch für die Einwanderer*innen aus dem Ausland gelten. Wir fordern das uneingeschränkte Wahlrecht für alle Menschen!

210

REFUGEEES WELCOME – GEGEN KAPITALISTISCHE VERWERTUNGSLOGIK

215

In den letzten Wochen und Monaten beherrschte die Debatte über Personen mit Fluchthintergrund unsere Nachrichten. Während sich die Politik über die notwendigen Bedingungen für das Erlangen des Flüchtlingsstatus zerstritt, populistische Rufe nach Grenzschießung die Runde machten und Forderungen nach einer Obergrenze oder Flüchtlingskontingenten bis hin in die politische Mitte wucherten, wurde die humanitäre Notwendigkeit der Hilfe für Menschen auf der Flucht gänzlich außer Acht gelassen. Stattdessen plädierten Politiker*innen, insbesondere der Union aber auch der Sozialdemokratie, für die Vergabe des Asylstatus nach dem Windhundverfahren und machten damit aus einem Asylrecht auf Basis des Menschenrechts ein Asylrecht auf Basis des Glücksspiels. Das Recht auf Asyl darf im Zuge eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht weiter angetastet werden.

225

Außerdem fordern wir die Rücknahme, der Asylrechtsverschärfungen und damit die Wiederherstellung eines menschenwürdigen Rechts auf Asyl. Zuwanderung, die zum Teil ökonomisch begründet wird, darf nicht gegen den Schutz von Geflüchteten und humanitäre Pflichten ausgespielt werden. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit darf bei der Entscheidung über Asyl keine Rolle spielen.

230

WIR FORDERN:

- ein modernes Einwanderungsgesetz, das nicht dazu beiträgt Deutschland und Europa weiter abzuschotten

235

- Sozialleistungen auch für Migrant*innen ab dem ersten Tag – die gleichen Rechte für Migrant*innen beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem
- schnelle und unbürokratische Möglichkeiten der Einwanderung – das uneingeschränkte Wahlrecht für alle Menschen, die in Deutschland leben – die Anerkennung bzw. Anrechnung von ausländischen (Hochschul-)Abschlüssen in Deutschland
- ein ausreichendes Angebot an freiwilligen Fortbildungskursen, Integrationsberatungen, sozialpädagogischer Begleitung, Kinderbetreuung für die Dauer von Integrationsmaßnahmen, Basis- und Aufbausprachkursen
- die Rücknahme, jeglicher Asylrechtsverschärfungen und damit die Wiederherstellung eines menschenwürdigen Rechts auf Asyl
- ein Einwanderungsgesetz, das unseren sozialdemokratischen Ansprüchen genügt

Antragsbereich M / Antrag 2

UB Nürnberg

Weiterleiten an:

Bundestagsfraktion

M2: Keine kalte Kommunalisierung der Integrationskosten – Bundesmittel an bayerische Kommunen weiterleiten!
(Annahme)

Wir fordern eine Weiterleitung der bisher für die Integration von geflüchteten Menschen zur Verfügung gestellten Bundesmittel an die bayerischen Kommunen.

Des Weiteren bitten wir die Mitglieder der SPD-Fraktionen im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag, sich für eine weitere Entlastung der Kommunen von den Integrationskosten einzusetzen.

Künftig sollen vom Bund zur Verfügung gestellte Mittel den Kommunen ohne Verzug weitergeleitet werden. Der Umweg über die Länderebene soll nach Möglichkeit vermieden werden und eine direkte Zuteilung erfolgen.

E Europa und Internationales

Antragsbereich E / Antrag 1

UB Miesbach

E1: Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi-Arabien (Annahme)

Wir fordern die Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die Bundesregierung unabhängig von bestehenden Verträgen einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi-Arabien beschließt und durchsetzt.

Antragsbereich E / Antrag 2

AfA Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

S&D-Fraktion im EP

E2: Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europa- weit koordinieren (Annahme)

Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone

Die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der Eurokrise verfehlen die eigentlichen Ursachen, gehen zu Lasten der Lebens- und Arbeitsperspektiven vieler Millionen Menschen, schaffen
5 kein ausreichendes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und bedrohen auf diese Weise den Bestand der Währungsunion und der EU als Ganzes. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde unvorhersehbare wirtschaftliche Risiken für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten. Von der damit verbundenen politischen Dimension eines gespaltenen Europa ganz zu schweigen. Als Europapartei der ersten Stunde werden Sozialdemokraten eine Spaltung Europas niemals
10 akzeptieren. Es ist die historische Aufgabe der SPD, neu aufkeimenden, rückwärtsgewandten Nationalismus entschlossen in die Schranken zu weisen.

Doch dazu muss Europa endlich einen sozialverträglichen Pfad aus der Eurokrise einschlagen und die gravierenden Konstruktionsfehler der Währungsunion konsequent beseitigen:

15

– Die Kritik an einer einseitig auf Kürzungen der Lohn- und Sozialeinkommen abzielenden

Politik reicht quer durch sämtliche ökonomische Schulen, wie die Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger im Juli 2014 in Lindau eindrucksvoll dokumentiert hat. Europa braucht vordringlich eine gemeinsame Wachstums- und Investitionsstrategie, eine Rückkehr zum Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten, mehr Koordinierung und Harmonisierung sowie institutionelle Reformen. Notwendige Strukturreformen zur Überwindung von je besonderen nationalen Entwicklungsblockaden (z.B. Immobiliensektor in Spanien, effektive Verwaltungen in Italien oder Griechenland, Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung u.a.) können ihre Wirksamkeit am besten entfalten, wenn sie in eine Wachstumsstrategie eingebettet sind.

25

Die Webfehler der Währungsunion bestehen in der mangelnden politischen Koordination der makroökonomischen Größen und in der Institutionalisierung einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Mit Blick auf die Leistungsbilanzen, die Lohn- und Inflationsentwicklung sowie auch auf die Steuerharmonisierung muss der sukzessive Abbau der bestehenden Ungleichgewichte konsequent ins Visier genommen werden. Die wirtschafts- und steuerpolitische Integration muss entscheidend vertieft, Europa mithin zu einer echten Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickelt werden. Eine regelgebundene Finanzpolitik und Schuldenabbau sind in diesem Rahmen unverzichtbar. Doch genau deshalb müssen sich Sozialdemokraten in ganz Europa auf den Weg machen, eine zum Dogma geronnene und im Kern neoliberale Austeritätspolitik zu überwinden. Denn die neoliberale Wirtschaftsdoktrin generiert aufgrund ihrer einseitigen Sparfixierung viel zu wenig Investitionsdynamik und Wirtschaftswachstum. Sie versperrt damit vor allem den Krisenstaaten die Möglichkeit, sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen zu können. Zudem geht die Austeritätspolitik immer nur zu Lasten der Lohn- und Sozialeinkommen der breiten Schichten und führt zum drastischen Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Europa braucht deshalb einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel für mehr Wachstum und Investitionen und eine dauerhaft tragfähige Architektur der Eurozone.

Ein sozialverträglicher Wachstumspfad aus der Eurokrise ist möglich.

45

I. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Europa

Es kommt entscheidend darauf an, europaweit abgestimmt für mehr realwirtschaftliches Wachstum zu sorgen, damit die Staaten sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen können. Europa braucht dringend eine europaweit koordinierte Wachstumsstrategie – etwa in Anlehnung und Fortschreibung der alten Pläne zum Ausbau der europäischen Infrastruktur von Jaques Delors. Der Juncker-Plan ist dafür kein Ersatz: Er zeigt zwar die richtige Einsicht, dass mehr Investitionen nötig sind, beschränkt sich dazu aber auf Umdeklarierung von Haushaltsmitteln und setzt auf die Hebelwirkung von Kreditmärkten, die gerade ihre Unfähigkeit erweisen, produktive Investitionen in Gang zu setzen.

55

Insbesondere für die Krisenländer gilt: ohne Wachstum keine Steuereinnahmen, ohne Steuer-

60 einnahmen keine erfolgreiche Konsolidierung. Diese Länder müssen deshalb wieder auf einen
Wachstumspfad zurückkehren können. Dieser Weg muss durch ein europäisches Programm
für öffentliche Zukunftsinvestitionen unterstützt werden. Damit ein solches Investitionspro-
gramm tatsächlich eine spürbare Wirkung auf die europäische Wirtschaft hätte, müsste es
ausreichend groß dimensioniert sein. Das Ausgabevolumen sollte dabei mindestens ein Prozent
des Euro-Zonen-BIP, also rund 100 Milliarden Euro jährlich ausmachen. Gefordert ist in diesem
Zusammenhang eine investitionsfördernde Reform des Fiskalpaktes. Denn die geltenden Fiskal-
65 regeln der EU ebenso wie die

Vorgaben zur Haushaltssanierung durch die ESM-Programme und den IWF haben dazu geführt,
dass in den vergangenen Jahren öffentliche Ausgaben in einer Art und Weise gekürzt wurden, die
das Wirtschaftswachstum in Europa sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite
70 stark belastet. So wurden unter anderem Ausgaben für öffentliche Investitionen in Infrastruktur
ebenso massiv gekürzt wie Bildungsausgaben und öffentliche Ausgaben für Forschung und
Entwicklung. Sowohl in Deutschland als auch in der Eurozone insgesamt liegen die öffentlichen
Nettoinvestitionen (also Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen für Abnutzung) nun im
negativen Bereich. Sprich: die öffentliche Infrastruktur verfällt zusehends. Nach allen Erkennt-
75 nissen der neueren Wachstumstheorie sind allerdings gerade diese Ausgaben besonders wichtig
für die Effizienz einer Volkswirtschaft, ihren technologischen Fortschritt und das mittelfristige
Wachstumspotential. Ein europäisches Wachstumsprogramm muss deshalb entschieden darauf-
setzen, diese öffentlichen, produktivitätssteigernden Ausgaben wieder zu erhöhen.

80

II. Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten durch mehr Binnennachfrage

Entscheidende Wachstumsimpulse für die Eurozone müssen von den Überschussländern aus-
85 gehen. Diese müssen ihre eigene Binnennachfrage und ihre Inlandsinvestitionen substanziell
erhöhen, weil die Leistungsbilanzdefizitländer kaum eigene expansive Impulse setzen können.
Vor allem Deutschland ist hier gefordert es muss seinen Niedriglohnsektor zurückdrängen,
die öffentlichen Investitionen ausweiten und zudem über ein höheres Lohnniveau einen we-
sentlichen Beitrag zur dauerhaften Erhöhung der Binnennachfrage leisten. Der Ausgleich der
90 Ungleichgewichte kann nur beidseitig gelingen. Denn zum einen kann eine reine Abwärtsanpas-
sung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenländern der Euro-Zone nicht gewünscht sein. Preis-
und Lohnsenkungen machen nämlich tendenziell die Bedienung der Schulden von Haushalten,
Unternehmen und der öffentlichen Hand noch schwieriger, weil die reale Schuldenlast steigt.
Dies führt zu weiteren Problemen im Bankensektor und zu einer dauerhaft gedämpften gesamt-
95 wirtschaftlichen Nachfrage. Zum anderen wäre eine einseitige Anpassung der Krisenländer auch
alles andere als nachhaltig: Denn die Eurozone insgesamt – deren Leistungsbilanz einigermaßen
ausgeglichen ist – würde dann hohe Überschüsse im Handel mit anderen Wirtschaftsregionen
ausweisen und den Euro in eine massive Aufwertungstendenz bringen. Alle Bemühungen der

100 Krisenländer, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, würden durch eine Aufwertung konterkariert. Deshalb ist die makroökonomische Koordinierung von zentraler Bedeutung.

105 III. Steuer-, Lohn- und Sozialdumping verhindern

Die Eurozone muss eine gezielte Steuer-, Sozial- und Inflationskonvergenz anstreben. Es braucht harmonisierte Körperschaftssteuern mit vergleichbaren steuerlichen Bemessungsgrundlagen sowie Mindestlohnkorridore und Lohnleitlinien nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Es geht darum, ein Steuer- und Lohndumping sowie die damit verbundenen unkoordinierten realen
110 Abwertungen im Euroraum besser unterbinden zu können. Eine gemeinsame Währungsunion kann nur dann funktionieren, wenn das vereinbarte Inflationsziel von allen Mitgliedsstaaten verfolgt wird. Demnach muss gewährleistet werden, dass jedes Land seine Löhne jährlich in angemessenem Umfang steigert. Das bedeutet insbesondere, dass Krisenstaaten, welche ein
115 zu hohes Lohnwachstum in der letzten Dekade generiert haben, nun Lohnzurückhaltung üben müssen, während in Überschussländern, insbesondere in Deutschland, Lohnzuwächse von deutlich über zwei Prozent über den Produktivitätszuwächsen realisiert werden müssen.

120 IV. Europäische Regulierung des Finanz- und Bankensektors

Der Finanz- und Bankensektor muss einer strikten und europaweit wirksamen Regulierung unterzogen und die Verursacher der Finanzkrise über eine europaweite Finanztransaktionssteuer zur Tilgung der Staatsdefizite herangezogen werden. Ohne Wirtschaftswachstum kann die
125 Konsolidierung dauerhaft nicht gelingen. Eine weitere wichtige Bedingung für erfolgreiche Konsolidierung besteht aber darin, ausreichende Steuereinnahmen zu generieren. Deshalb müssen die Krisenverursacher – die Finanzmärkte – an der Finanzierung der Krisenfolgen durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer beteiligt werden – konzipiert mit weiter Bemessungsgrundlage und wenigen Ausnahmen. Der Steuersenkungswettbewerb bei Unternehmenssteuern
130 ist zu beenden, auch Großkonzerne und Vermögensmillionäre müssen sich angemessen an der Finanzierung ihrer Gemeinwesen beteiligen.

135 V. Schuldentilgung nicht zu Lasten des Wachstums

Die Refinanzierung der Krisenländer muss im Tausch gegen glaubwürdige Verpflichtungen zum Schuldenabbau nachhaltig abgesichert werden wie dies etwa der Sachverständigenrat mit dem sog. Schuldentilgungsfonds vorgeschlagen hat. Die übermäßige Verschuldung der Euro-Länder

140 jenseits einer Verschuldungsmarke von 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung kann
realistisch nur in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren auf Basis einer gemeinsamen Teilhaftung
abgebaut werden. Mit der Gründung eines sog. Schuldentilgungsfonds nach dem Vorschlag des
deutschen Sachverständigenrats kann die Haftung – anders als bei Eurobonds – zeitlich wie
145 volumenmäßig begrenzt und mit einer „klaren, langfristigen und glaubwürdigen Verpflichtung
aller teilnehmenden Länder für den Schuldenabbau“ verbunden werden. Zudem muss die unab-
weisbar notwendige Umschuldung Griechenlands in Angriff genommen und die Rückzahlung der
Kredite an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, damit Anreize für wachstumsfördernde
Maßnahmen geschaffen werden.

150

VI. Sparpolitik verschärft die wirtschaftlichen Probleme

Die Krisenländer haben bereits – zulasten ihres Wirtschaftswachstums – drakonische Sparmaß-
155 nahmen umgesetzt. Entgegen weitverbreiteter Annahmen hat vor allem Griechenland seine
Ausgaben reduziert. Die Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank in Griechenland zwischen
2009 und 2014 von 907.351 auf 651.717. Das ist ein Rückgang von 25 Prozent. Das staatliche Defizit
betrug im Jahr 2009 noch 15,6 Prozent. Im Jahr 2014 sank es auf -2,5 Prozent. Kein Land der Welt
hat sein Staatsdefizit in einem solchen Ausmaß und in derart kurzer Zeit reduziert. Von weiteren
160 drakonischen Sparmaßnahmen bei den Masseneinkommen ist jedoch in der gesamten Eurozone
unbedingt abzusehen. Andernfalls droht jederzeit der Rückfall in schwere Rezessionen. Eine
erneute Rezession in den Krisenländern würde sämtliche Konsolidierungsbemühungen nahezu
aussichtslos machen. Allerdings müssen die Krisenländer ihre Ausgabenpfade bei Löhnen und
Staatsausgaben noch einige Jahre verlangsamen, um ihre Defizite zu verringern. Weitere abso-
165 lute Absenkungen bei Staatsausgaben oder Löhnen müssen aber vermieden werden, vielmehr
sind Zuwächse zur wirtschaftlichen Stabilisierung erwünscht, sie müssen aber unterhalb der
„Normalzuwachsrate“ von Produktivität plus Zielinflationsrate bleiben.

VII. Soziale Rechte und demokratische Strukturen in der EU stärken

170

Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert werden.
Die sozialen Grundrechte, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind, dürfen
nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müs-
sen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im
175 europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und
Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum
gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen
Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte deutlich ausgebaut wer-
den. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt
180 werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Politisch

ausgestaltet werden muss die europäische Sozialunion vor allem dadurch, dass soziale Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden. In einem sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen Staaten ebenso wie existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am
185 jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen festgeschrieben werden.

Die Realisierung einer solchen Sozialunion kann nicht gelingen im Rahmen einer autokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene, die ohne Mitbestimmung des Europäischen Parlaments und auch gegen den Willen der nationalen Parlamente durchgesetzt wird und dabei neben
190 dem forcierten Sozialabbau auch Eingriffe in die Tarifautonomie und das Tarifvertragsrecht, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Absenken des Mindestlohns erzwingt und mit Privatisierungsmaßnahmen neue Anlagesphären fürs Finanzkapital zulasten der Daseinsvorsorge schafft. Zugleich bemüht sich die EU, die Festlegung auf einen neoliberalen Kurs zu verstärken: mit den verschiedenen verhandelten Freihandelsabkommen, mit weiteren Versuchen, den eu-
195 ropäischen Kapitalmarkt auszubauen und mit Fortführung einer Politik der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern und Regionen der EU – logische Folge der angestrebten „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“.

Nicht nur in den „Krisenländern“ erweckt dieses Vorgehen den Eindruck, die „nationalen“
200 Interessen seien gegen die EU durchzusetzen. Dies führt zu merkwürdigen Ergebnissen wie beim Brexit – wo die Öffnung des Arbeitsmarktes zum Argument gegen die EU wurde, obwohl die britische Regierung in diesem Punkt der EU-Politik gerade nicht gefolgt war.

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik muss als demokratischer Prozess erfol-
205 gen und nicht als technokratische Durchsetzung vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge. Die Politik der negativen Integration, die wachsenden Wohlstand und Kohäsion von freien Wirken der Marktkräfte erwartete, ist gescheitert. Der Niedergang der europäischen Sozialdemokratie zeigt auch, dass unter diesen Voraussetzungen eine Politik des sozialen Ausgleichs nicht mehr überzeugend formuliert werden kann. Daher ist gerade die Sozialdemokratie im wirtschaftlich stärksten
210 Land der EU gefordert, eine Alternative zu entwickeln, die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung wieder in den Mittelpunkt rückt.

Antragsbereich E / Antrag 3

ASF Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

E3: Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen

(Annahme)

Die SPD-Bundestagsfraktion soll im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung ihren Einfluss auf die Verhandlungen mit der Türkei geltend machen.

Die finanziellen Hilfen für die Türkei müssen konkret mit der Verbesserung der Bedingungen für geflüchtete Frauen und Mädchen verbunden sein.

Die türkische Regierung muss zur konsequenten Einhaltung der geltenden Gesetze bezüglich des Verbots der Heirat unter 18 und der Polygamie aufgefordert werden. Ebenso muss sie zur Schaffung von Anlaufstellen für Mädchen und Frauen und der Bereitstellung von finanziellen Hilfen bei drohender Zwangsheirat verpflichtet werden.

Antragsbereich E / Antrag 4

UB Nürnberg

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

E4: Grundsätze einer SPD-Friedenspolitik

(Annahme)

die Allgemeinen Menschenrechte weltweit umzusetzen bleibt das Ziel der Sozialdemokratischen Politik.

- 5 • die Verschiedenartigkeit der Kulturen der Völker in ihren Ländern ist zu achten und zu respektieren.
- mehr Toleranz und Geduld mit bestehenden politischen Systemen, es braucht Zeit, bis sich eine Demokratie bildet, stabilisiert und Menschenrechte in allen Bereichen beachtet werden.
- 10 • das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Teil des Völkerrechts ist zu achten.
- das Gewaltmonopol des Staates ist eine Voraussetzung in einer Demokratie.
- mehr Achtung vor Wahlen auch in schwierigen Situationen, Wahlen an denen Millionen teilnehmen sind keine „Farce“.
- 15 • Sanktionen der reichen Staaten gegen andere Völker oder Volkswirtschaften dürfen kein Mittel zur Interessendurchsetzung sein und bedürfen der Legitimation durch den Bundestag.

Antragsbereich E / Antrag 5*Jusos Bayern**Weiterleiten an:**Bundestagsfraktion**S&D-Fraktion im EP**SPE-Kongress***E5: Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen! (Annahme)**

Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen. Viele Menschen fliehen, weil sie keine wirtschaftliche Grundlage mehr haben. Durch Handelsabkommen und Wirtschaftspolitik der EU wird die Situation in den Herkunftsländern zusätzlich verschlechtert. Daher fordern wir Jusos unsere Kritik an den Freihandelsabkommen nicht nur auf TTIP zu beschränken, sondern dieselben Maßstäbe auch an Freihandelsabkommen der EU mit anderen Staaten anzulegen. Wir fordern eine gerechte und solidarische Wirtschaftspolitik, die nicht auf der kapitalistischen Ausbeutung anderer Länder basiert. Konkret fordern wir, ähnlich wie bei TTIP, auch für die zukünftigen EPA-Verträge (Economic Partnership Agreement) „Rote Linien“. Diese sollen eine faire, nachhaltige und sozialverträgliche Gestaltung der Handelsabkommen zum Ziel setzen, die nicht zu Lasten der beteiligten Entwicklungsländer gehen. Im Wesentlichen sollen diese „Roten Linien“ folgende Punkte berücksichtigen:

- Das Prinzip der Nicht-Reziprozität (Nicht-Gegenseitigkeit), sodass tarifäre Hindernisse auch einseitig abgebaut werden können. Das Allgemeine Präferenzsystem (APS) weiter ausdehnen, verknüpft mit positiven Anreizen.
- Lokale Märkte schützen, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Land zu ermöglichen.
- Kein Zwang zur Liberalisierung in Handel und Investition, sowie im Bereich der Dienstleistungen.
- Weitere Vertragsverhandlungen nur unter fairen Bedingungen: keine Drohung mit Sanktionen oder Entzug von Entwicklungshilfe.
- Berücksichtigung der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs); Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization); Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur; ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise als Leitlinie

Ungleichheit kommt nicht von ungefähr! Nein, sie ist gemacht durch das kapitalistische, auf Ausbeutung beruhende System. So ist wirtschaftliche Ungleichheit oft auch ein Fluchtgrund der Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Diese Fluchtursache ist von uns beeinflussbar, denn wirtschaftliche Fluchtgründe sind unter anderem politisch verursacht.

Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel. Nicht der Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften ist für uns der Ausgangspunkt von Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neoliberalismus. Einer pseudo-unpolitischen Lesart von Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind davon überzeugt, dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft werden kann. Für uns gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie! Wir stehen für ein Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

40 **Für eine solidarische Handelspolitik**

Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik gegenüber, die Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, gleichberechtigten und solidarischen Handel auf Augenhöhe zu betreiben. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis zwischen Nord und Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute immer noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des Dreiecks Europa, Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird. Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische Dimension. Daher müssen wir die Handelsmechanismen grundsätzlich ändern, weg von einer kapitalistisch-wirtschaftsorientierten Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der Entwicklungszusammenarbeit, als einen Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang mit den Ländern des globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. Die von der Europäischen Union verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den Prüfstand stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) Berücksichtigung finden. Sie bilden die Grundlage, um die Asymmetrien im internationalen Handel nachhaltig zu überwinden. Wir forcieren den Abbau des asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit verbundene Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der Regionen, stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des Wohlstandes an. Wir müssen ungleiche Bedingungen abbauen, die das asymmetrische Handelsregime weiter bedingen. So sind beispielsweise Subventionen oder Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu nennen. Andererseits müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit bekommen, durch Zollschutz von neuen Industrien oder Industriezweigen der Spezialisierungsfalle zu entkommen. Der Abbau der Asymmetrien bedeutet auch, dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale Belange von Arbeitnehmer*innen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der Verhandlung von ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch ökologische Belange müssen in diese Gleichung mit aufgenommen werden und nachhaltige Konzepte in ökologischer und ökonomischer Hinsicht entwickelt werden. Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

Für eine gerechte Handelspolitik

Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche Ungleichheit sondern
75 ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren der Handelspartner*innen. Eine gerechte
Handelspolitik muss solche gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der Repro-
duktion von Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden Handelskonzeptes,
das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische Standards festschreibt und klare Ziele
formuliert. Denn eine faire und gerechte Handelspolitik, die ihren Namen verdient, muss in
80 der Lage sein die Situation einzelner gesellschaftlicher Gruppen mitzudenken. Dafür müssen
folgende Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen Gesamtkonzeptes darstellen:

a) Sozialverträgliche Handelspolitik

85 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden Bevölkerung schützen und
ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization)
die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann
an dieser Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen
sowohl in andere industrialisierte Staaten als auch in die kapitalistische Peripherie zu verbreiten.
90 Aufgrund der internationalen Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und
Liberalisierung in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten zuneh-
mend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie der Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur
und der Einschränkung beziehungsweise der Aushebelung von Arbeitnehmer*innenrechten.
Diese Entwicklung trifft dabei insbesondere diejenigen, die bereits in Armut leben oder von
95 dieser akut bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen Weltwirtschaft darf
nicht länger auf dem Rücken dieser Bevölkerungsgruppen ausgetragen werden. Vielmehr sind
Anreizmodelle (z. B. in Form von Einfuhrerleichterungen) zu implementieren, um internationale
Arbeitnehmer*innenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es zu fragen, an welchen Stellen
ein freier Warenaustausch bedeutsamen Wirtschaftszweigen innerhalb eines Landes schadet
100 und welche Möglichkeiten es gibt, notwendige Transformationsprozesse sozialverträglich zu
gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen einer auf sozialpolitische Aspekte fokussierten
Zusammenarbeit zwischen den Handel treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwick-
lungspolitische Aspekt muss innerhalb dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik
sein. Darüber hinaus müssen Güter wie Wasser, Strom, Telekom, Personennah- und Fernverkehr,
105 Gesundheitsleistungen etc. für alle Menschen erschwinglich und zuverlässig bereitgestellt wer-
den. Dies muss regional von der öffentlichen Hand im Rahmen einer umfassenden öffentlichen
Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Deshalb sehen wir es als nicht sinnvoll an, diese Güter per
globaler Ausschreibung an den/die günstigste/n private/n Anbieter*in zu vergeben. Gerechter
Handel muss diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche Daseinsvorsorge mindestens
110 unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung positiver Standards sein.

b) Feministische Handelspolitik

115 Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die handelspolitischen Programme müssen ihre Ignoranz gegenüber Gender Aspekten überwinden und diese zum zentralen Prüfstein aller Entscheidungen machen. Der neoliberale Kurs der vergangenen Jahre hat aufgrund von Spezialisierungsprozessen Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitssituationen befördert. Dabei sind Frauen in besonderem Maße von diesem Entwicklungstrend betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten Arbeit, in erster Linie
120 in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verrichten, sind Armutsverhältnisse bei ihnen weltweit sehr viel verbreiteter als bei Männern. Um dieser Situation entgegenzuwirken muss die Gleichstellung der Geschlechter zentraler Bestandteil der handelspolitischen Ziele werden. Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Handelspolitik. Die Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch die WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft neue
125 Absatzmärkte. Um eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und Entwicklungspolitik zu gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur, insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere bei der Privatisierung medizinischer Versorgung wären vor allem Frauen wesentlich betroffen

130 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale Nachhaltigkeits- und Umweltziele konterkariert. Der zunehmende Welthandel führte zu erheblichen Mehrbelastungen von Umwelt und Klima. Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro ökologische
135 Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert und konkrete Ziele benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen anderen Verlauf. Noch heute finden Nachhaltigkeitsaspekte auf dem globalen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt sieht man erste Auswirkungen verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell entwickelten Länder leiden unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie Dürren bedrohen das Leben
140 tausender Menschen. Handel kann nur als fair gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt berücksichtigt. Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele dürfen einem neoliberalen Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen. Dafür müssen konkretere Maßstäbe formuliert und konsequent umgesetzt werden. Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen Auswirkungen
145 auf Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur eine solche Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel gesichert werden kann

d) Friedensorientierte Handelspolitik

150 Wir wollen eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur Befriedigung von Handelsinteressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von Frieden als explizite Zielgröße aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist. Mit den sogenannten „Roten Linien“ hat die SPD versucht klare Spielregeln für die Weiterführung der TTIP-Verhandlung festzulegen. Je-

ne sollten eine faire und sozialverträgliche Gestaltung des transatlantischen Freihandels ermöglichen. Überlegungen solche Regeln auch auf andere Handelsabkommen auszudehnen, vor allem auf AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), gab es bisher nicht. Aber durch genau diese Handelsabkommen trägt die EU massiv zu den Ursachen für Wirtschaftsflüchtlinge bei. Die SPD steht in einer langen Tradition zum Schutz der Schwächeren und der Schwächsten. Wir dürfen nicht kommentarlos zuschauen während Länder, die in einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung sind, zu neoliberalen Wirtschaftsverträgen gezwungen werden nach den Bedingungen und Wünschen

N Netzpolitik und Digitales

Antragsbereich N / Antrag 2

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

N2: Keine Verherrlichung der Bundeswehr als Arbeitgeber für Jugendliche (Annahme)

Wir fordern die Einstellung der Webserie der Bundeswehr ‚die Rekruten‘ und die Einstellung der damit verbundenen Werbekampagne und der Schulbesuche der Bundeswehr.

Die 90-teilige YouTube-Serie ist gezielt auf Jugendliche ausgerichtet. In der Pressemitteilung vom 24. Oktober 2016 heißt es: „Sie [Die Serie] holt die Jugendlichen in ihrer Welt ab und die Zuschauer erleben aus erster Hand die persönlichen Höhen und Tiefen der Protagonisten mit.“ Die Produktion der Serie selbst kostet die Bundeswehr 1,7 Mio Euro, in die Werbekampagne zur Serie werden 6,2 Mio Euro investiert. Die erste Staffel der Webserie erzielte insgesamt 40 Millionen Klicks auf YouTube und hatte täglich rund 700.000 Zuschauer*innen. Während hier 12 junge Frauen und Männer bei ihrer Grundausbildung begleitet werden, zeigt die zweite Staffel ihre „neue Verwendung“ innerhalb des Bundeswehr auf. Dabei wird kein ehrliches und neutrales Bild vom Beruf des/der Soldat*in und den damit verbundenen Gefahren gezeichnet.

B Bildung

Antragsbereich B / Antrag 1

Jusos Bayern

Weiterleiten an:

Landesvorstand

Landtagsfraktion

B1: Zukunftsfähige Schulpolitik (Annahme)

Gemeinsam, ganztags, gerecht: Ein neues Schulsystem

Wir fordern die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und eine grundlegende Neuorientierung in der Schulpolitik. Zudem soll das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abgeschafft werden und bundesweite Richtlinien etabliert werden.

Anstelle der aktuellen Schulen soll die „Gemeinschaftsschule“ treten. Die Gemeinschaftsschule ist für alle Jugendlichen bis zum Abschluss des zehnten Schuljahres verpflichtend. Der Unterricht findet ganztags statt und soll inhaltlich sowohl unverzichtbares Grundwissen als auch eigene Interessen fördern.

Die vertiefte Auseinandersetzung mit einem breiten Spektrum an Fächern erachten wir als erstrebenswert. Insbesondere in den geisteswissenschaftlich-sozialwissenschaftlichen, naturwissenschaftlich-technischen und sprachwissenschaftlich-literarischen Bereichen setzen wir die Vermittlung von Grundwissen durch den Unterricht voraus. Die Vermittlung des Wissensstocks soll dabei in einer freien und an die Bedürfnisse der Schüler*innen angepassten Atmosphäre erfolgen, die sowohl Lehrkraft, als auch Schüler*innen Freiraum für Kreativität und Entfaltung bietet. Dabei sind zur Verbesserung der Vergleichbarkeit und Qualitätssicherung dennoch Mindeststandards einzuhalten. Die Entfaltung der individuellen Stärken und Vorlieben der Schüler*innen, möchten wir mit zusätzlichen Wahlmodulen aus Bereichen wie Sport, Kunst oder Musik fördern.

Künstlerische, musikalische und sportliche Aktivitäten sollen in Kooperation mit den Verbänden und Vereinen vor Ort angeboten werden, um einfachen Zugang zu kultureller Teilhabe zu ermöglichen.

Ebenso sollen alle Schulen ganztags unterrichten, um auf Hausaufgaben verzichten zu können. Selbstverständlich muss dabei ein kostenfreies Mittagessen angeboten werden, welches stets eine vegetarische Variante anbietet.

30

Ebenfalls sollen an Schulen einmal im Jahr (am besten am Schuljahresende) eine Projektwoche stattfinden, in denen Lehrkräfte zu verschiedenen Themen ihrer Wahl Projekte für Schüler*innen anbieten können, um die Schulgemeinschaft zu stärken und eine große Vielfalt an Themen ansprechen zu können. Gerade auch politische Themen sollen hier eine große Rolle spielen.

35

Die Bundeswehr soll keine Möglichkeit mehr haben, sich an Schulen präsentieren zu können. Schulen sind ein geschützter ziviler Raum, die Anwerbung für das Militär hat dort nichts zu suchen.

40

Kein Konkurrenzkampf an unseren Schulen

Wir lehnen die Leistungsorientierung und den daraus folgenden Konkurrenzkampf unter Schüler*innen ab. Wir fordern daher eine Abschaffung der Noten.

45

Um Schüler*innen dennoch Rückmeldung über Lernerfolge zu geben, soll am Ende des Jahres in einem Bericht dargestellt werden, welche Themen in den entsprechenden Fächern erfolgreich behandelt wurden und wo es noch Verbesserungsbedarf gibt. Um die Lehrkräfte zu entlasten, soll es ermöglicht werden, diesen Bericht stückweise über das Schuljahr neben der Korrektur zu aktualisieren.

50

Gute Bedingungen für unsere Lehrkräfte

Um Lehrkräfte, insbesondere Klassenleitungen, zu entlasten, soll der Zugang der Schulen zu Beratungslehrkräften und Schulpsycholog*innen im Vergleich zum bisherigen Status ausgebaut werden, sodass alle Schule jederzeit unbürokratisch und schnell Zugang haben. Es muss selbstverständlich werden, dass das Kulturlministerium eher zu viele Lehrkräfte einstellt als zu wenig, um so Stundenausfälle zu minimieren.

60

Auch ist uns klar, dass der ausschließlich theoretische Zugang nicht ausreichend ist. Auch im Unterricht muss sich ausreichend damit beschäftigt werden, wie der eigene psychische Zustand reflektiert werden kann und es Freiräume gibt dies zu tun. Es muss vermittelt werden, dass verschiedene Formen psychischen Leids in jedem Fall behandelt werden können und es Hilfe gibt, die in Anspruch zu nehmen selbstverständlich ist.

65

Ebenso sollen Schülerinnen und Schüler in Fächern wie Biologie, Ethik und Sozialkunde über verschiedene sexuelle Orientierungen und Identitäten aufgeklärt werden.

Kostenfreiheit für Schüler*innen

70

Der Schulweg soll für alle Schüler*innen, ungeachtet ihres Wohnortes oder ihrer Jahrgangsstufe,

kostenfrei sein und erstattet werden. Wir fordern daher ein kostenloses landesweites Nah- und Regionalverkehrsticket für Schüler*innen und Auszubildende.

75 Die Schule soll alle Lehrmittel kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen, sodass hier keine zusätzlichen Lehrmittel mehr gekauft werden müssen. Lektüren sollen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden und sollen in das Eigentum der Schüler*innen übergehen. Die Diversität der Lektüren soll zwingend erhalten bleiben. Bei Beschädigung sind die Schüler*innen zu Schadensersatz verpflichtet.

80 Kosten für Klassenfahrten und Ausflüge sollen grundsätzlich durch das Land getragen werden.

Internationalisierung

85 Es soll ein offizielles (staatliches) Programm initiiert werden, welches Schulen in Bayern mit Partnerschulen im Ausland verknüpft. So sollen Brieffreundschaften und Begegnungen zwischen Schüler*innen aus unterschiedlichen Ländern entstehen. Ein verstärkter Ausbau des bilingualen Unterrichts wäre hier besonders wünschenswert.

Antragsbereich B / Antrag 2

Jusos Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

B2: Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems! (Annahme)

5 Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe des Staates und würde für eine erhebliche Verbesserung im Leben vieler junger Menschen sorgen, doch leider kommt der Staat dieser Aufgabe oft nicht nach und gibt sie stattdessen in private Hand. Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Per Gesetz besteht zwar seit 2013 für jedes Kind ab einem Alter von einem Jahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die entsprechenden Kapazitäten nicht bereitgestellt werden.

10 Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute Bildung, die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches nicht von fiskalen „Sachzwängen“ abhängig gemacht und in private Hände abgegeben werden. Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges und gerechtes Bildungssystem zu ermöglichen.

15 Deshalb fordern wir:

Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen

Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen Bildungsbarrieren abgebaut werden.
20 Der Bund muss die Länder und Kommunen mit ausreichend Geld ausstatten, damit diese genug qualitativ hochwertige Krippen- und KiTa-Plätze, Schulen sowie Studienplätze finanzieren können, damit jeder und jede die Bildung bekommt, die er oder sie möchte. Gerade private Bildungseinrichtungen erheben Gebühren und sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf nicht von der finanziellen Situation oder dem gesellschaftlichen Stand des Elternhauses abhängig sein.
25 Wir lehnen jegliche Art von Bildungsgebühren, sowie jegliche Kosten, die für Bildung anfallen, ab.

Wir fordern außerdem, dass Programme zur Elitenförderung, wie das Deutschlandstipendium, ergänzt werden durch Förderprogramme für sozial Benachteiligte, damit ein gerechter und freier Zugang zu Bildungseinrichtungen für alle möglich ist.

30

Unabhängige Bildungseinrichtungen

Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein. Das funktioniert nicht, wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit von privaten Unternehmen geraten, weil diese
35 sie sponsern. Private Finanziere dürfen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf Stundenpläne, Bildungsinhalte oder grundsätzliche Ausrichtungen von Bildungseinrichtungen haben. Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für lebenslanges Lernen ein, das allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen Stellung möglich ist. Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter Lehrmittelfreiheit.

40

Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft verpflichtet sein. Militär hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Deswegen fordern wir die Einführung der Zivilklausel in allen Hochschulen.

Kooperationsverbot abschaffen!

Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet wird und mangelhafte Unterrichtsversorgung sind Alltag im deutschen Schulsystem; der Grund dafür ist die permanente Unterfinanzierung der Bildungsinstitutionen. Um eine ausreichende Finanzierung der Bildung
50 sicherzustellen, genügen die finanziellen Mittel der Länder nicht. Daher muss der Bund die Haushaltsumlagen erhöhen um eine fortschrittlichere Bildungspolitik zu ermöglichen. Zudem muss das Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich aufgehoben werden.

Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegnetreten

55

Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg von einem anreiz- und wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen untereinander lähmt den Bildungsbetrieb. Gerade im Hochschulbereich leiden am Ende die Qualität der Lehre und Forschung. Gute Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Staatliche Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht an Prestige-
60 projekten aufhängen, sondern müssen dazu befähigt werden, sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Außerdem muss der Einfluss marktwirtschaftlicher Unternehmen an Hochschulen deutlich eingeschränkt werden. Drittmittelfinanzierung von Lehre und Forschung lehnen wir ab!

65 Kommunen besser finanzieren

Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken, staatliche Museen und andere staatliche Kultureinrichtungen erhalten und den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang ermöglichen können. Zudem müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um
70 Schließungen von kleinen Schulen aus Geldmangel zu verhindern und marode Schulbauten zu sanieren. Lange Schulwege dürfen kein Hinderungsgrund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade in ländlicheren Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können strukturschwachen Regionen Auftrieb geben.

75 Inklusive Bildung ermöglichen

Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Zudem muss Inklusion zur Selbstverständlichkeit werden. Alle
80 Bildungsstätten, sowie alle anderen öffentlichen Einrichtungen, müssen barrierefrei werden. Alle Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen entsprechend geschult werden.

Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht gewährleisten. So nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen oder Mädchen auf, oder nur Kinder einer
85 bestimmten Konfession. Nur, wenn Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes, welcher Herkunft, welcher Sexualität, welchen Glaubens oder welchen Einkommens miteinander lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht. Konzepte privater Schulen können überprüft und übernommen werden.

90 Ein solidarisches Steuersystem schaffen!

Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht es Reformen auf der staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nimmt, um BezieherInnen niedriger Einkommen durch Ausweitung
95 kostenlose staatlicher Leistungen, gezielter Sozialpolitik und Infrastrukturdienstleistungen zu niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig. Eine solidarische Bildungsfinanzierung wie wir

sie uns vorstellen, muss staatlich und solide sein, denn Bildung ist der Motor und Antrieb einer Gesellschaft.

- 100 Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie ist unser wichtigster Rohstoff und sowohl Exportschlager als auch Magnet für schlaue Köpfe aus aller Welt. Demzufolge ist eine ausreichende Finanzierung unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Bildungsausgaben verschwindend gering.
- 105 Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand geben, dazu ist dieses Ressort einfach viel zu wichtig!

Antragsbereich B / Antrag 3

Jusos Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

Landtagsfraktion

**B3: „Europabildung an der Schule“ endlich umsetzen
(Annahme)**

Die SPD im Bundes- und Landtag, sowie in Regierungsverantwortung, setzt sich für eine sofortige und umfassende Umsetzung der KMK-Empfehlung „Europabildung in der Schule“ vom 8. Juni 1978, in der Fassung vom 5. Mai 2008, ein. Die Umsetzung der Empfehlung muss durch Berichtserstattungen überprüft werden.

5

Bereits 1978 hat die Kultusminister_innenkonferenz einen bis heute gültigen Beschluss erlassen und 1990 und 2008 sogar noch bestätigt und überarbeitet. Sie empfiehlt unter anderem, auch in Fächern wie Mathematik und Deutsch, „auf aktive Beiträge zur Förderung des europäischen Bewusstseins“ nicht zu verzichten, in der Lehrer*innenaus- und Weiterbildung mehr auf Europa einzugehen, und den bilingualen Unterricht zu fördern.

10

Deswegen fordern wir die Genoss*innen in den Landtagen, in den Landesregierungen, im Bundestag und in der Bundesregierung dazu auf, die KMK-Beschlüsse endlich umzusetzen und dem europäischen Projekt den Platz in den Lehrplänen einzuräumen, den es verdient.

Antragsbereich B / Antrag 4

Bezirk Mittelfranken

Weiterleiten an:

BayernSPD-Landesgruppe der BTF

Landtagsfraktion

**B4: Weitere Verbesserung der Situation von Schulabgängern ohne Abschluss
(Annahme)**

Schulabgänger ohne Schulabschluss haben schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Durch viele gezielte Maßnahmen hat sich in Nürnberg in den letzten Jahren die Anzahl um 4 Prozentpunkte auf 8,1 % verringert – und das, obwohl die Anzahl der Übergangsklassen (Schüler(innen) ohne Deutschkenntnisse) zunahm!

5

Besonders für die letztgenannte Gruppe werden dringend einheitliche Konzepte, intensive Fördermaßnahmen und vor allem mehr Lehrer- und Schulsozialarbeiter-Stellen – und deren Finanzierung durch den Bund – benötigt. Der Nürnberger Modellversuch der Sprachintegrationsklassen hat sich inzwischen in ganz Bayern bewährt und könnte von allen Bundesländern übernommen werden.

10

Geld, das jetzt für den erfolgreichen Schulabschluss dieser Jugendlichen eingesetzt wird, kann später vielfach eingespart werden!

Antragsbereich B / Antrag 5

Bezirk Oberfranken

Weiterleiten an:

Landtagsfraktion

**B5: Erlass eines Bayerischen Bildungszeitgesetzes analog dem Bildungszeitgesetz
(BzG BW) von Baden-Württemberg vom 11.03.2015
(Annahme)**

Im Übereinkommen Nr. 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über den bezahlten Bildungsurlaub vom 24. Juni 1974 hatte sich die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verpflichtet, einen bezahlten Bildungsurlaub zum Zwecke der Berufsbildung, der allgemeinen und politischen Bildung sowie der gewerkschaftlichen Bildung einzuführen. Da der Bund allerdings

5 durch die Kulturhoheit der Länder keine Bildungshoheit hat, verabschiedeten die Bundesländer im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung eigene Landesgesetze, die Arbeitnehmern einen Anspruch auf die Gewährung von Bildungsurlaub geben.

Antragsbereich B / Antrag 7*Bezirk Schwaben**Weiterleiten an:**Landtagsfraktion***B7: Mehr individuelle Förderung in der Schule – weniger Nachhilfe daheim
(Annahme)**

Wir fordern, dass sich die Bayern SPD und die SPD Landtagsfraktion, um mehr individuelle Förderung von guten und schlechten SchülerInnen zu erreichen, dafür einsetzt, dass

- 5 – mehr Personal für die individuelle Förderung in den Schulen eingestellt wird.
- die Klassenstärken weiter runtergesetzt werden.
- das Tutorensystem durch SchülerInnen höherer Jahrgangsstufen (Stichwort: Lernen durch Lehren) zeitlich und personell auszubauen und entsprechend zu entlohnen.
- 10 – als TutorInnen auch Lehrkräfte und SozialarbeiterInnen eingesetzt werden bzw. dies weiter ausgebaut wird.
- SchulsozialarbeiterInnen für jede/n SchülerIn erreichbar sind. Dies bedeutet, dass
- 15 weiterführende Schulen ab einer bestimmten Größe einen eigenen staatlich finanzierten Schulsozialarbeiter brauchen. Bei kleinen Schulen können auch Zusammenfassungen (z.B. ein Sozialarbeiter für eine Mittelschule und eine Realschule oder für den Mittelschulverbund) stattfinden. Auch die Grundschulen müssen Sozialarbeiterstellen bekommen.
- 20 – das Kooperationsverhalten der SchülerInnen speziell im musisch- künstlerischen Bereich und den Mannschaftssportarten durch Ausbau entsprechender Angebote gefördert wird.
- der sinnvolle Einsatz neuer Medien durch Investitionen in diesem Bereich mit staatlicher
- 25 Förderung ausgebaut wird, so dass die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler gefördert wird.

Diese Forderungen sind ins Landeswahlprogramm für die Landtagswahl 2018 aufzunehmen.

Antragsbereich B / Antrag 8*Bezirk Schwaben**Weiterleiten an:**Landesvorstand**Landtagsfraktion***B8: Verbesserung der Einstellungssituation in allen bayerischen Schulen
(Annahme)**

Wir fordern, dass sich die BayernSPD und die SPD-Landtagsfraktion für eine Verbesserung der Einstellungssituation für Absolventen des Zweiten Staatsexamens für das Lehramt in allen bayerischen Schulen einsetzt.

- 5 Zudem stellt sich die BayernSPD und die SPD-Landtagsfraktion gegen die Zulassungsbeschränkung zum Referendariat und spricht sich für eine interne Optimierung der Berechnung der Lehrerbedarfsprognosen seitens des Kultusministeriums aus.

Diese Forderungen sind in das Wahlprogramm für die Landtagswahl 2018 aufzunehmen.

V Verkehr und Infrastruktur

Antragsbereich V / Antrag 2*UB Weiden-Neustadt-Tirschenreuth***V2: Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern
(Annahme)**

Der SPD- Landesverband unterstützt die folgenden Forderungen der Mitglieder der Enquete Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, um Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Verfahrensgerechtigkeit im Bereich Wirtschaft und Infrastruktur in allen bayerischen Landesteilen herzustellen, um so zu verhindern,

5 dass ein Riss durch die Gesellschaft des bayerischen Freistaats geht.

Im Einzelnen umfassen die Forderungen im Bereich Wirtschaft:

- 10 • Die Staatsregierung leistet dem Verfassungsauftrag der Bayerischen Verfassung und der Forderung des Grundgesetzes nach Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse aktiv Folge. Daher zielgerichteter Einsatz der zur Verfügung stehenden gestalterischen Instrumen-

te (LEP, Regionalmanagement u.a.).

- Proaktive Unterstützung von Städten, Gemeinden und Kommunen bei der Förderung bereits bestehender Industriebranchen und deren Entfaltungsmöglichkeiten (z. B. Erweiterungsflächen; Fachkräftesicherung) unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit (kontra Zersiedelung und Missachtung des Anbindegebots). Dies sichert Arbeitsplätze in der Region.
- Baurecht nachhaltig ausarbeiten und gestalten, sodass z. B. Bürogebäude, die nicht mehr genutzt werden, umgewidmet werden und z. B. als (inklusive) Wohnraum genutzt werden können. (Vermeidung von Leerstand, weniger Flächenverbrauch, bezahlbarer Wohnraum).
- Entwicklung von Industriebranchen in Zusammenarbeit zwischen Kommune, Landkreis und Eigentümern. Geklärte Besitzverhältnisse für eine schnellere, kostengenaue, nachhaltigere Projektentwicklung.
- Einsatz eines gezielten Regionalmanagements in Zusammenarbeit mit „Invest in Bavaria“, um die Ansiedlung eines Branchenmixes vor Ort zu gewährleisten bzw. monostrukturier- te Industriebranchen zu verhindern. (Sicherstellung, dass Menschen mit unterschiedlicher Ausbildung einen Arbeitsplatz bekommen und Bindung von Fachkräften vor Ort. Außerdem ist ein wegbrechender Industriezweig oftmals Grund für ökonomische Verelendung ganzer Regionen. Ein Industriebranchenmix verhindert dies.)
- Bearbeitung des Aufgabenkataloges des ZO-Systems zur Erfüllung der Daseinsvorsorge durch den Freistaat Bayern. Dadurch Sicherstellung der qualitativen und quantitativen wohnortnahen Versorgung auf hohem Niveau und Schaffung eines leistungsfähigen Netzes aus Unter-, Mittel- und Oberzentren. (Schaffung von weichen Standortfaktoren, welche die Region attraktiv machen und Abwanderung verhindern).
- Verbindliche Ausstattung der Ober-, Mittel-, und Unterzentren mit finanziellen Mitteln zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben durch den Freistaat.
- Zur Verfügung Stellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für Ober-, Mittel-, und Unterzentren, wenn diese weitere Aufgaben übernehmen sollten, die über ihre festgelegten Pflichtaufgaben hinaus entstehen, aber zur aktiven Daseinsvorsorge beitragen.
- Beseitigung entsprechender Hürden zur Schaffung von KiGa´s /KiTa´s, die in Kooperation zwischen Gemeinden, Kommunen und Betrieben entstehen. (Dies ist als „weicher Standortfaktor“ ein wichtiger Beitrag zur Bindung von Fachkräften).
- Überarbeitung der Ausbildungsabschlüsse für den Bereich Tourismus/Hotellerie und Anhebung auf ein entsprechendes Niveau, um das Ansehen hierfür zu steigern.
- Weitere Ausgründung von TH´s und Unis in die regionale Fläche, um verschiedene Angebote der Fortbildungen anbieten zu können. So können Studenten vor Ort „gehalten“ werden.
- Keine wirtschaftliche Benachteiligung von Firmen in der Fläche durch sanierungsbedürftige Straßen. (Export, Zulieferung, Neuansiedlung möglich, wenn Infrastruktur gegeben)
- Konzentration von Wirtschaftsförderung auf die benachteiligten Regionen.
- Erhebung des ÖPNV zur Pflichtaufgabe für die Kommunen durch den Freistaat und Ausstattung mit den entsprechenden finanziellen Mitteln
- Verpflichtung der Landkreise bei Ausschreibungen für ÖPNV-Projekte, eine Überprüfung

der Verknüpfung von ÖPNV und Werksverkehr zu fordern.

- 55 • Verpflichtung von Gemeinden, Kommunen, Städte und Landkreisen sozialversicherungs-
pflichtige Stellen auszuschreiben.
- Bessere finanzielle und personelle Ausstattung des jeweiligen Regionalmanagements durch die Staatsregierung, damit diese weitere Aufgaben zur regionalen Potentialber-
gung (Bereich: Digitalisierung, Förderprogramme, Ansiedlungsstrategien usw.) überneh-
men können.
- 60 • Bessere Unterstützung des Ehrenamtes.
- Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, 15% statt 12,75% Anteil im kommunalen
Finanzausgleich.
- Bürgerbeteiligung über Regionalkonferenzen an landkreisweitem Strategieplanungen.
- Aufwertung des Landesplanungsbeirats

65

Im Einzelnen umfassen die Forderungen im Bereich Infrastruktur:

- 70 • Landkreisen sollte bei der Ausschreibung für ÖPNV-Projekte, damit eine abgestimmte Tak-
tung zwischen den verschiedenen Verkehrsverbänden zum Ausschreibungskriterium ge-
macht werden kann, die Verpflichtung zur regionalen Zusammenarbeit auferlegt werden.
Bessere Taktung zwischen den Verkehrsverbänden macht die Fläche mobil. (Hiervon pro-
fitieren u.a. Auszubildende unter 18, Senioren, Menschen ohne Führerschein).
- Tarifsysteme dahingehend überprüfen, ob Verkehrsverbände ausgebaut werden können
- TH'S und Unis bei Verhandlungen mit Verkehrsverbänden in Bezug auf Semestertickets
75 unterstützen. (Evtl. Übernahme der Wirtschaftlichkeitslücke)
- Verpflichtung für den Aufgabenträger zur Aufstellung von Nahverkehrsplänen.
- die Höhe der ÖPNV-Zuweisung sollte die Anstrengung des Trägers zur erstmaligen Umset-
zung einer Empfehlung, dessen finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die Qualität der Maß-
nahmen berücksichtigen.
- 80 • Aufstockung der aktuellen ÖPNV-Zuweisungen von 50 Mio.€ auf 75 Mio.€ (Stand 2003)
und die Einführung eines demographischen Faktors bei den ÖPNV-Zuweisungen.
- Flexiblere Kriterien für eine Reaktivierung von Schienenstrecken bzw. nochmalige Über-
prüfung einer Schienenstrecke auf notwendige Stilllegung, um den Rückzug der Bahn aus
der Fläche zu vermeiden.
- 85 • Schaffung einer eigenen Kategorie Öffentlicher Personen-Regionalverkehr (ÖPRV) als Ver-
bundsystem im Bereich zwischen dem ÖPNV und dem SPNV. Damit könnten z.B. die Rand-
gebiete der Metropolregion Nürnberg in den Genuss eines attraktiven Angebotes kom-
men. Der ÖPRV ist nicht als Aufgabe der Kommunen und als Aufgabenträger für den ÖPRV
zu sehen, sondern durch Landesmittel sicherzustellen. Leitgedanke darf dabei nicht nur die
90 im Verkehrsmittel zurückgelegte Entfernung, sondern müssen zusätzlich die mit den Fahr-
ten erreichbaren Einwohner und Einrichtungen sein, um dem Gebot der Schaffung gleich-
wertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen durch entsprechende öffentliche Mobilität im
ländlichen Raum gerecht zu werden.

- 95 • Förderprogramm für den Erhalt von Staatsstraßen oder vorhandenes Förderprogramm dahingehend ändern, dass nicht nur der Ausbau, sondern auch der Erhalt gefördert wird.
- Förderprogramm „Brückensanierung“ ins Leben rufen.
- Beschreiten neuer Wege im Bereich der E-Mobilität und des autonomen Fahrens gegangen. Dafür Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Landkreisen und Forschungseinrichtungen/Unis/FHs vor Ort verstärken. (Förderung des Verzichts auf den PKW in der Stadt, zumal immer mehr Menschen auf sogenannte SUV`s umsteigen und Entlastung des Ballungsraums sowie Mobilmachung des den ländlichen Raums.
- 100 • Im Rahmen der Plattform Mobilität des Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) soll das Thema „Mobilität im ländlichen Raum“ im Besonderen – in Zusammenarbeit mit den Regionen – erforscht und entsprechende Handlungsempfehlungen erteilt werden.
- 105 • Erweiterung des ZD.B um die Plattform „Smart City.“
- staatliche Bezuschussung der Erprobung dezentraler Energiekonzepte im Bereich Photovoltaik im Rahmen von Bürgerprojekten (finanziert von regionalen Banken) vor Ort soweit nötig. Bei Bewährung dieser Projekte Übergang in dauerhafte Konzepte mit entsprechender staatlicher finanzieller Unterstützung im Rahmen der Amortisationszeit. Flächen, die sich nicht für die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte eignen, sollen hier bevorzugt genutzt werden.
- 110 • Überprüfung, ob Energieeffizienz künftig zum Aufgabenbereich des Regionalmanagements gerechnet werden soll.
- Zugang zu Förderprogrammen so gestalten, dass ausnahmslos jeder, seien es Unternehmen, Betriebe, Gemeinden oder Kommunen, diese unkompliziert in Anspruch nehmen kann.
- 115 • Gezielte Förderung von Existenzgründern und die Digitalisierung der KMU vor Ort.
- Schaffung von De-minimis- Beihilfen für kommunale Einrichtungen im Sinne von kleineren – nicht zweckgebundener Förderung für Versorgungsinfrastruktur vor Ort.
- 120 • Ermittlung des Breitbandbedarfs für Bayern an Hand von „Warenkörben“ (Einteilung in drei Kategorien: Private Konsumenten, KMU, Großbetriebe).
- Massive Forcierung des Mobilfunkausbaus.
- frühzeitige Beteiligung der Bürger an der Planung großer Infrastrukturprojekte bei gleichzeitiger Straffung der Entscheidungsprozesse

125

Antragsbereich V / Antrag 4

UB Nürnberg

Weiterleiten an:

Landesvorstand

Landtagsfraktion

V4: Kostenfreier ÖPNV für SchülerInnen und Azubis
(Überweisung an Landesvorstand und Landtagsfraktion als Material)

Alle Schülerinnen und Schüler und Azubis sollen den ÖPNV kostenlos nutzen können.

Wir fordern vom Freistaat Bayern, dass

- 5
- die 2km-/3km-Grenze als Voraussetzung für die Kostenfreiheit entfallen und stattdessen alle SchülerInnen unabhängig von der Entfernung zur Schule in den Genuss der Kostenfreiheit kommen
 - die Kostenfreiheit auch für alle SchülerInnen nach der 10. Klasse gelten
 - die Kostenfreiheit auch für Azubis gelten

10

Antragsbereich V / Antrag 5

UB Nürnberg

V5: Stärkung der Schiene
(Annahme)

Wir fordern:

1. Die Einführung eines Deutschlandtakts im Personenverkehr
 2. Die Senkung der Trassenpreise im Schienenverkehr
- 5
3. Die Einführung einer Maut für Fernbusse

W Wirtschaft und Finanzen

Antragsbereich W / Antrag 1

OV Olympiadorf

Weiterleiten an:

BayernSPD-Landesgruppe der BTF

W1: Abgabepflicht – als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung – für Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor

(Annahme)

In zunehmenden Maße werden Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions- und Dienstleistungssektor eingesetzt um menschliche Arbeitskraft zu ersetzen. Für die Betreiber dieser, die menschlichen Arbeitsplätze verdrängenden Maschinen und Techniken, soll eine Abgabepflicht eingeführt werden, welche wie ein Steuerzuschuss dem System der Sozialversicherung zugute kommt. Diese Abgaben sollen an der mit diesen Robotern erzielten Wertschöpfung oder einem fiktiven „Stundenlohn“ bemessen werden.

5

Antragsbereich W / Antrag 3

OV Olympiadorf

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

W3: Erhöhung des Sparerfreibetrags

(Annahme)

Der Sparerfreibetrag von derzeit 801 Euro p.P. soll auf 1.260 Euro erhöht werden. Dies erspart Arbeitnehmern, deren Steuersatz unter dem der Quellensteuer liegt, die zuviel einbehaltene Kapitalertragssteuer erst durch eine Steuererklärung/-ausgleich wieder zurück zu fordern.

Antragsbereich W / Antrag 5

UB Erlangen

W5: Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes
(Annahme)

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird dahingehend geändert, dass in

„§ 2 Förderungsfähige Vorhaben Absatz 2. Bau oder Ausbau von Verkehrswegen der

- 5 a) Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen sowie Bahnen besonderer Bauart,
- b) nichtbundeseigenen Eisenbahnen, soweit sie dem öffentlichen Personennahverkehr dienen, *und auf besonderem Bahnkörper geführt werden.*“
- 10 der letzte kursive Teilsatz gestrichen wird.

Antragsbereich W / Antrag 6

UB Erlangen, AGS Bayern

W6: Gute Arbeit auch in der Selbständigkeit!
(Annahme)

Wir fordern, auch für die „kleinen Selbständigen“ faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dies bedeutet insbesondere

- 5 • eine bezahlbare soziale Absicherung durch einkommensabhängigen Zugang zu den gesetzlichen Versicherungssystemen (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) und
- Schutz vor Ausbeutung und Unterdrückung von übermächtigen Vertragspartnern.

Antragsbereich W / Antrag 13

Bezirk Schwaben

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

**W13: Für ein gerechtes Steuersystem und einen umfassenden Steuervollzug
(Annahme)**

Die SPD steht für eine solide und gerechte Finanzierung unseres Staatswesens. Um unsere Politik auch in Bayern weiter an der „Sozialen Gerechtigkeit“ ausrichten zu können, brauchen wir auskömmliche und sichere Staatsfinanzen.

- 5 Ein gerechtes Steuersystem und sein umfassender Vollzug, national aber auch international, sind Grundvoraussetzungen sozialer Gerechtigkeit. Die BayernSPD sieht sowohl bei den gesetzlichen Regelungen, als auch bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und den derzeit bestehenden steuerlichen „Schlupflöchern“ noch großen Handlungsbedarf. Unser Ziel ist die gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen.

10

Die kleinen und mittleren Einkommen sind dabei spürbar zu entlasten. Steuersenkungen für die Mitte der Gesellschaft sind möglich und geboten. Hinzukommen müssen für die kleinen Einkommen, deren Steuerbelastung schon heute gering ist.

- 15 Soziale Gerechtigkeit kann nur in einem handlungs- und leistungsfähigen Staat auf demokratischer Grundlage erreicht werden. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger muss der Staat Wert auf die Sicherung seiner Einnahmen legen. Mit uns gibt es keine pauschalen Steuererhöhungen. Änderungen am Steuersystem, dienen dazu, dieses gerechter zu gestalten und dabei den Staat wie bisher mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten. Die hohe Beschäftigung und das stabile
20 Wachstum der letzten Jahre tragen dazu bei, dass der Staat weiter handlungsfähig bleibt.

- Es ist zulässig und sinnvoll, langfristige Investitionen für soziale Gerechtigkeit z.B. in Kinderbetreuung, Bildung, Verkehr oder den Gesundheitsbereich sowie den Ausbau des schnellen Internets auch über Verschuldung zu finanzieren und die Kredite dann planvoll zu tilgen. Allerdings ist der Spielraum bei genauerem Hinsehen geringer als es die derzeit positiven Finanzzahlen
25 vorgeben. In wirtschaftlich guten Zeiten müssen auch die Schulden kontinuierlich getilgt werden.

- Erforderliche Ausgaben für soziale Gerechtigkeit sind in Zeiten guter Konjunktur – wie derzeit bei uns – aus den laufenden Haushalten zu finanzieren. Hier ist die zentrale Aufgabe, dass alle
30 in der Gesellschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Da Einkommen und Gewinn auch Leistungsanreize sind, ist unser Ziel auf keinen Fall die Gleichmacherei, sondern die Einhaltung und Schaffung sozial gerechter Maßstäbe, auch bei der Berechnung von Managergehältern.

35 Die soziale Ungleichheit in der Welt hat erschreckende Ausmaße angenommen und entwickelt
 sich negativ weiter. Wenn die acht reichsten Menschen der Welt ein ähnlich großes Vermögen
 haben wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit und das reichste Prozent der Menschheit
 mehr besitzt als der gesamte Rest von 99% der Menschheit, dann muss dies auch für uns als Bay-
 40 ernSPD Ansporn sein, diese Entwicklung zu stoppen und wieder in Richtung soziale Gerechtigkeit
 zurückzukommen.

Die BayernSPD fordert:

- Kleine und mittlere Einkommen entlasten

45

Der heutige Einkommensteuertarif ist zu überarbeiten:

Anhebung des Grundfreibetrags deutlich über 10.000 €, Abflachung bzw. Abschaffung der ersten
 Tarifzone bei Festsetzung eines Eingangssteuersatzes bei ca. 22%, Erhöhung des Spitzensteu-
 50 ersatzes bei gleichzeitiger Erhöhung des Einkommensbetrags ab dem dieser zu bezahlen ist.
 Zusätzlich zur steuerlichen Entlastung der kleinen und mittleren Einkommensgruppen setzen
 wir uns beispielsweise für beitragsfreie Bildungseinrichtungen (von der Kita bis zur Universität),
 Wohnraum zu erschwinglichen Preisen und die Förderung von Eigentumsbildung ein.

55

- Steuervollzug stärken Um die Einhaltung bestehender steuerlicher Regelungen zu prü-
 fen und Steuerbetrug konsequent zu bekämpfen, ist zuallererst endlich eine ausreichen-
 de personelle Ausstattung der Finanzverwaltung in Bayern nötig. Die Sonderkommission
 „Schwerer Steuerbetrug“, die Sondereinheit „Zentrale Steueraufsicht“ und das Internatio-
 nale Steuerzentrum sind zu stärken und auszubauen.

60

Daneben sind gesetzliche Regelungen zum Schließen von Steuerschlupflöchern, deutschland-
 weite Mindeststandards bei Betriebsprüfungen sowie eine Verstärkung der internationalen
 Zusammenarbeit notwendig. Eine einheitliche Bundesverwaltung ist nicht erforderlich.

65

Der Ankauf und die Verwendung von sog. „Steuer-CDs“ ist richtig und weiterzuverfolgen.

- Erbschaftsteuer Wir wollen eine „bessere Erbschaftsteuer“; auch die Superreichen sind ge-
 rechter mit einzubeziehen. Die immer noch bestehende Überprivilegierung von Betriebs-
 vermögen ist an die realen Notwendigkeiten anzupassen. Insgesamt sind für alle die Frei-
 70 beträge deutlich zu erhöhen, bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Eine Regionalisierung der Steuerhöhe auf Länderebene ist ungerecht und wird es mit uns nicht
 geben.

- 75
- Millionärssteuer Gerade die Superreichen mit hohen Vermögen müssen sich an der Finanzierung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben stärker beteiligen, wie es auch im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung ausdrücklich vorgesehen ist! Für hohe Vermögen ist die Vermögensteuer wieder einzuführen bzw. eine Vermögensabgabe anzustreben.
 - Kapital und Arbeit gleich besteuern Die Abgeltungsteuer ist abzuschaffen und stattdessen erfolgt die Versteuerung nach dem Einkommensteuertarif.
- 80
- Faire Unternehmensbesteuerung
 - Steueroasen schließen

Wir fordern eine Vereinheitlichung der Regelungen für eine ermäßigte Besteuerung von Lizenz-

85 einnahmen z. B. bei Apple in Irland und Starbucks in den Niederlanden. Der Gewinn muss auch national dort versteuert werden, wo er erwirtschaftet wird.

1. Es muss international eine gemeinsame Grundlage zur Bemessung der Körperschaftsteuer geben.
- 90
2. Steuertransparenz: durch Offenlegung der Steuerzahlungen von Konzernen und internationalen Firmen, aufgeschlüsselt und veröffentlicht nach Staaten und Höhe.
 3. Managergehälter begrenzen

Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern für Unternehmen auch als Betriebsausgaben wird auf 500.000 € begrenzt. Der Aufsichtsrat muss uneingeschränkt für die Bemessung

95 der Vorstandsvergütungen verantwortlich bleiben. Zur Stärkung der Verantwortung bedarf die Festlegung der Vergütungssysteme, einer Mehrheit von zwei Dritteln im Aufsichtsrat. Versorgungszuwendungen für den Ruhestand sind mit der fixen Grundvergütung abzugelten. Vorstände können aus ihren ausreichend hohen Bezügen ihre Vorsorge finanzieren. Die Neben-

100 leistungen sind transparent zu machen und sollten weitgehend durch das Fixum abgegolten sein. Die gesetzlichen Regulierungen zur Ausgestaltung von Vorstandsvergütungen sowie die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex müssen gleichermaßen für alle Kapitalgesellschaften gelten um eine maximale Abdeckung der notwendigen Regulierungen und

105 Transparenzanforderungen zu erreichen. Auf Personengesellschaften müssen diese Regelungen, ebenso wie andere Grundsätze der Unternehmensmitbestimmung, jedenfalls perspektivisch übertragen werden.

- Keine Tricks bei der Grunderwerbsteuer

110 Raffinierten Umgehungsmodellen bei der Grunderwerbsteuer mit Hilfe von ausgeklügelten Firmenkonstrukten werden wir einen Riegel vorschieben, u. a. durch eine Absenkung der Beteiligungsschwelle für steuerfreie Übertragungen.

- Finanztransaktionsteuer Auf europäischer Ebene ist eine Finanztransaktionsteuer zu erheben. Damit werden unter anderem kurzfristige Spekulationsgewinne bekämpft. Ohne
- 115

Einigung auf europäischer Ebene ist sie als Zwischenlösung national einzuführen.

- Finanzierung aller Ebenen sichern

120 Ein gerechtes Steuersystem muss die Finanzierung aller Ebenen sichern, dazu gehört auch, dass die Kommunen, Landkreise und Bezirke ausreichend finanzielle Mittel haben um ihre Aufgaben zu erledigen. Hierzu sind die Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in Bayern zu überarbeiten.

Y Initiativanträge

Antragsbereich Y / Antrag 1

OV Schwarzenbruck

Weiterleiten an:

Landtagsfraktion

Y1: Neue Hochspannungsleitungen. Mindestabstand von 400m zu Wohngebieten ist in das Landesentwicklungsprogramm aufzunehmen (Annahme)

Der SPD-Ortsverein Schwarzenbruck bittet die Landtagsfraktion der BayernSPD sich im Rahmen der aktuellen Diskussion zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms dafür einzusetzen, dass in den Plan verbindlich festgeschrieben wird, beim Neubau und der Hochrüstung von Hochspannungsfreileitungen im Freistaat Bayern ein Mindestabstand zur Wohnbebauung von 5 400m einzuhalten, um so die Gefahren von Elektrosmog für die Bewohner zu reduzieren.

Antragsbereich Y / Antrag 2

Jusos Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Y2: Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission – Bezahlbarer Wohnraum (Annahme)

Die BayernSPD stellt folgende Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017 auf dem Bundesparteitag:

Kapitel „Es ist Zeit für ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land“

Abschnitt „Bezahlbarer Wohnraum“

10

1. Füge ein nach Zeile 1149:

15 „Wir werden eine grundlegende Reform bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete (Mietspiegel) durchführen, um tatsächlich alle vorhandenen Mietwohnungen einbeziehen zu können; grundsätzlich sollen Mietspiegel als qualifizierte Mietspiegel erstellt werden.

Um die steigenden Mieten zu begrenzen, werden wir die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen auf höchstens 10 % innerhalb von 3 Jahren absenken.

20

Das Kündigungsrecht des Vermieters wegen Eigenbedarfs wollen wir deutlich einschränken (z. B. nur möglich für in gerader Linie Verwandte, nicht für BGB-Gesellschaften und Gemeinschaften, nicht für „Zweitwohnungen“). Zudem wollen wir eine Schonfrist bei erstmaligen Mietrückständen einführen – werden die Mietrückstände innerhalb einer Frist vollständig beglichen, sollen vorangegangene Kündigungen deswegen unwirksam werden.

25

Wir wollen eine Reform des § 291 StGB erreichen, um einen effektiven strafrechtlichen Schutzmechanismus vor Mietwucher zu schaffen.“

30

2. Füge ein nach dem Satz „Wir werden die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung“ in Zeile 1151:

35 „durch eine zeitliche Befristung bis zur Amortisierung der Maßnahme und durch eine wirksame Härtefallregelung begrenzen.“

Antragsbereich Y / Antrag 3

Jusos Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Y3: Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission – Es ist Zeit für Sicherheit im Alltag
(Annahme)

Die BayernSPD stellt folgende Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017 auf dem Bundesparteitag:

Kapitel „Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag“

5

I) Füge ein nach dem Satz „Es ist die Aufgabe des Staates für diese Sicherheit zu sorgen“ (S. 37,Z. 1501):

10

„Wir beziehen uns explizit auf einen modernen und erweiterten Sicherheitsbegriff, der insbesondere die soziale Sicherheit von Menschen in den Fokus rückt. Wir erkennen an, dass die beste Maßnahme für eine gesteigerte tatsächliche und gefühlte Sicherheit die Förderung präventiver Maßnahmen und eine aktive Sozialpolitik ist. Sozialdemokratische Sozialpolitik, die soziale Ungleichheiten bekämpft, ist für uns der zentrale Garant einer erfolgreichen Sicherheitspolitik.“

15

II) Ersetze „Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem Wohnungseinbrüche beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen.“ (S. 37,Z. 1504.)

20

durch:

„Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle, Wohnungseinbrüche und rassistische Übergriffe und Anschläge auf Unterkünfte für Asylsuchende beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen.“

25

III) Ersetze in dem Satz „Deshalb werden wir mit aller rechtsstaatlichen Härte gegen Terror und extremistischer Gewalt vorgehen.“ (S. 37,Z. 1511) „gegen Terror und extremistischer Gewalt“ durch: „gegen Terror und rassistische, antisemitische, homophobe, islamfeindliche und insgesamt menschenfeindliche Gewalt“

30

35

IV) Füge ein nach dem Satz „Schutz vor Kriminalität wie auch vor Strafverfolgung sind Aufgaben der dafür ausgebildeten Profis der Polizei. (S. 37, Z. 1548):

40

„Unter einer SPD-geführten Regierung wird endgültig ein Trennstrich zur Wehrmacht gezogen.“

Dies muss sich in der Traditionspflege und der Namensgebung widerspiegeln.“

Antragsbereich Y / Antrag 4

Jusos Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

**Y4: Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission – Migration
(Annahme)**

Die BayernSPD stellt folgende Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017 auf dem Bundesparteitag:

Kapitel: Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik

5

I) Füge ein nach „Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben“ (S. 41, Z. 1666):

„Daher werden wir uns dafür einsetzen, das Grundrecht aus Asyl wieder vollständig herzustellen. Hierzu gehört die Abschaffung der Drittstaatenregelung und die Abschaffung der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“.

10

II) In dem Satz „Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen.“ (S. 41, Z.1671) streiche:

15

„und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen.“

III) Streiche:

20

„Die Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden. Dieser Schutz ist die Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im Inneren der EU. Wir wollen daher das Mandat und die Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, stärken.“

Antragsbereich Y / Antrag 5*Jusos Bayern**Weiterleiten an:**Bundesparteitag***Y5: Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission – Ausbildung (Annahme)**

Die BayernSPD stellt folgende Änderungsanträge zum Leitantrag der Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017:

Kapitel „Modernisierung der Ausbildung“

5

I) Füge ein nach dem Satz „Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.“ in Zeile 301:

10

„Auszubildende brauchen Zeit zum Lernen. Die Berufsschulzeit muss daher altersunabhängig für alle Auszubildenden auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden. Dabei soll ein Berufsschultag, unabhängig von seinem Umfang, grundsätzlich als voller Arbeitstag berücksichtigt werden. Die Rückkehrpflicht nach der Berufsschule in den Betrieb schaffen wir ab.“

15

II) Füge ein nach dem Satz „Wir werden sie bundesweit vergleichbar machen und gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen Qualitätskriterien definieren.“ in Zeile 320:

20

„Das duale Studium muss rechtssicher gemacht werden. Dazu werden wir die Praxisphasen im Berufsbildungsgesetz regeln.“

Antragsbereich Y / Antrag 6*Landesvorstand**Weiterleiten an:**Bundesparteitag***Y6: Keine Privatisierung der deutschen Autobahnen (Annahme)**

Nach geltender Rechts- und Verfassungslage kann das Bundesfernstraßennetz aufgrund ein-

facher Gesetze privatisiert werden. Der SPD-Bundestagsfraktion ist es in den letzten Wochen gelungen, die von der CDU/CSU und den Bundesministern Schäuble und Dobrindt betriebene Privatisierung der deutschen Autobahnen zu stoppen.

5

Mit den jetzt vorliegenden Verhandlungsergebnissen wird in Zukunft ein umfassendes Privatisierungsverbot im Grundgesetz verankert sein. Dies ist ein Erfolg der SPD.

10

Die BayernSPD lehnt weitere ÖPP-Projekte im Bereich der Bundesstraßen ab.

Antragsbereich Y / Antrag 7

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

Y7: Finanztransaktionssteuer endlich realisieren! (Annahme)

Der SPD-Landesparteitag Bayern fordert die umgehende Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene. Die Steuer muss alle Finanzprodukte umfassen und ist mit einer breiten Bemessungsgrundlage auszustatten.

Antragsbereich Y / Antrag 8

ASF Bayern

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Y8: Änderungen zum Regierungsprogramm (Annahme)

Änderungsantrag 1

1858 Gleichberechtigung und Gleichstellung:

5 1859 Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel

1860 unserer Politik. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, moderne und gerechte Gesellschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen

10 1861 Bereichen verwirklichen und ihnen die Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe ermöglichen. Eine moderne Gleichstellungspolitik ist

1862 eng mit guter Politik für Familien verbunden. Denn solange Familienaufgaben nach wie

15 1863 vor überwiegend von Frauen übernommen werden, sind es Frauen, die aufgrund ihres

1864 familiären Engagements berufliche Nachteile erfahren. **Die Gleichstellung von Frauen und**

20 1865 **Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.** Dies erfordert ein Mainstreaming in allen Bereichen der

1866 Politik: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber

25 1867 auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein. Wir werden unsere Erfolge in der Gleichstellungspolitik selbstbewusst und offensiv verteidigen und die Verwirklichung der Gleichstellung vorantreiben. Nur so wird dauerhafter gesellschaftlicher Fortschritt und sozialer Zusammenhalt möglich.

30

1868 Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind. Dazu gehört, dass die

35 1869 Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird. Frauen erhalten im

1870 Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir haben in einem ersten Schritt mit

40 1871 einem Transparenzgesetz (Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen) dieser

1872 Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt. Daneben werden wir gemeinsam mit den

45 1873 Tarifpartnern die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dazu zählen

1874 die Berufsfelder Gesundheit, Pflege, Betreuung und frühkindliche Bildung. Wir wollen die

- 1875 verschulten Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und
- 50 1876 Schulgeldfreiheit bzw. in duale Studiengänge überführen.
- 1877 In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln.
- 55 1878 Wir werden dabei
- 1879 Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen. Denn hier sind die meisten
- 1880 Frauen beschäftigt. Wir werden die Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche
- 60 1881 verbessern. Wir wollen außerdem verpflichtende Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach
- 1882 vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen. Wir wollen zusammen mit den Tarifpartnern Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleichheit entwickeln und ein Verbandsklagerecht einführen. Wir erwarten von den Tarifpartnern, dass sie bestehende Tarifverträge auf diskriminierende Regelungen überprüfen und diese beseitigen.
- 65 1883 Wir motivieren junge Menschen, Berufe zu ergreifen, die nicht den hergebrachten
- 70 1884 Geschlechterklischees entsprechen. Es ist für alle ein Gewinn, wenn sich mehr Frauen für MINT-
- 1885 Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) oder einen Handwerksberuf entscheiden und mehr
- 75 1886 Männer in den Sozial- und Erziehungsberufen arbeiten. Dazu fördern wir frühzeitige
- 1887 Informationen in den Schulen sowie eine Berufs- und Studienberatung, die Mädchen und
- 80 1888 Jungen die Vielfalt der Berufe und ihre Zukunftsperspektiven aufzeigt.
- 1889 Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen
- 1890 Dienst haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. Führungsgremien sollen
- 85 1891 jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen

- 1892 wir eine Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen – und zwar für alle Bereiche:
90
- 1893 Wirtschaft und Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft. Dem Öffentlichen Dienst
1894 kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern
und
95
- 1895 ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts
wie
1896 die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen.
100
- 1897 Darüber hinaus wollen wir mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschan-
cen
1898 von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen,
105 die
1899 auf Kompetenz und Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind.
1900 Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen Ebenen gleichberechtigt
110
1901 beteiligt sind. Wir werden verstärkt Frauen ansprechen und für politische Beteiligung
1902 gewinnen.
115
- 1903 Leben frei von Gewalt und Diskriminierung:
1904 Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die
1905 Rechte von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die
120
1906 Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ (Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhü-
tung
1907 und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als
125
1908 weiteren Schritt fordern wir einen dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämp-
fung

- 130 1909 von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 2007). Wir brauchen einen individuellen
1910 Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer. Das gilt auch für geflüchtete Frauen und
1911 Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Hilfesystem aus Beratungsstellen,
135 1912 Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen soll ausgebaut und weiterentwickelt
1913 werden. Keine Hilfesuchende darf aus finanziellen Gründen oder aus Platzmangel abgewie-
sen
140 1914 werden. Mit einem Bundesförderprogramm setzen wir die erforderlichen Maßnahmen im
Hilfesystem in
1915 Gang. Um Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Ansätzen zu bekämpfen, brauchen
145 1918 wir zudem ein Präventionsprogramm.
1916 Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der Istanbul-Konvention
1917 überwachen.
150 1918
1919 Wir nehmen auch Gewalt gegen Männer sehr ernst. Auch Männer, die Opfer von häuslicher
und
155 1920 sexualisierter Gewalt geworden sind, benötigen Hilfsangebote. Wir werden daher
1921 entsprechende Maßnahmen in den Aktionsplan aufnehmen.
160 1922 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist vor zehn Jahren in Kraft getreten. Wir
1923 werden es weiterentwickeln. Hierfür stärken wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes
und
165 1924 weiten den Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln aus. Zudem wollen wir ein
1925 Verbandsklagerecht im AGG verankern.
1926 Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien

170

1927 und Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir

175

1928 sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht und die bisherigen Instrumente evaluieren . Wenn notwendig,

1929 werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.

180

Änderungsantrag 2

185

391 Wir wollen Existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von „Arbeiten auf

392 Abruf“ werden wir eindämmen. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen und

190

393 Beschäftigten auf Basis des DGB-Modells den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. Die

394 Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre

195

395 Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden.

405 Digitale Arbeit gestalten:

200

416 betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein wichtiger Baustein ist

417 hierbei das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit

418 zurückzukehren. Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen. Dies wirkt

205

419 sich vor allem bei der Rente aus. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, die Planung über

420 Karriere und Berufsleben selbst in der Hand zu behalten.

210

Einfügen von neuem Abschnitt:

„Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

215 Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt. Die Benachteiligungen
von Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen im Lebensverlauf zu einer Rentenlücke von 54 Prozent.
Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb wollen wir Existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer
Beschäftigung. Wir wollen das Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren – vor allem hinsicht-
220 licher der Regelungen zum Recht auf befristete Teilzeit (Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit), der
Vergütung von Überstunden, der Teilhabe an Qualifizierungsmaßnahmen und der betrieblichen
Bewertungssysteme. Dazu gehört auch, dass Beschäftigte familiäre Sorge und Weiterbildung
miteinander vereinbaren können. Die Übernahme von Führungsaufgaben auch in Teilzeit muss
selbstverständlicher werden.“

225

Änderungsantrag 3

230

-

914 Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch viele Menschen, die über einen
235 915 längeren Zeitraum arbeitslos sind. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und
916 werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen. Das Bundesprogramm
„Soziale
240 917 Teilhabe“ werden wir als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen. Alle Angebote
918 der Arbeitsförderung müssen so ausgestaltet werden, dass sie es auch Männern und Frauen
919 mit Familienaufgaben ermöglichen, erfolgreich daran teilzunehmen. Für Alleinerziehende
245 920 machen wir gezielte Angebote. Zur Verbesserung der Chancen von langzeitarbeitslosen
Frauen wollen wir die bewährten Beauftragten für Chancengleichheit auch im SGB II verankern.
Auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von
250 921 Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II

922 haben, werden wir in Zukunft Weiterbildungsangebote machen.

923 Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen.

255

924 Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln.

Weitere Anträge

Ablehnung

A3 ; A6 ; S12 ; S13 ; I1 ; B6 ; W2

Erledigt

A1 ; C1 ; C3 ; P10 ; P11 ; P13 ; S7 ; S8 ; S11 ; S16 ; S17 ; N1 ; V3 ; W4 ; W7 ; W8 ; W9 ; W10 ; W11 ; W12 ;
W14